

Anmerkungen zum Zustand und zum Wirken der Freiwirtschaft und die Folgen für unsere Gesellschaft, Europa und die Welt

Von der Notwendigkeit der Besinnung, wenn eine erforderliche Aufklärung nicht möglich
ist. Ist eine Kapitulation sinnvoller als eine neue Initiative mit unzureichenden Mitteln?

von

Tristan Abromeit

März 2018

www.tristan-abromeit.de

Text 156.0

(Datei 1 von 3)

oooooooooooooooooooo

Text 156.1

Unser unzulänglichen Bemühungen

Der Anlass sind die 61. Mündener Gespräche, die in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte
in Wuppertal stattfinden. <http://sgt-wuppertal.de/>

Ein Text, der ein Rundbrief werden sollte und mehr geworden ist.

Text 156.2

**Über zwei Ziele der neuen Bundesregierung
und ihr vermutetes Unvermögen, diese zu erreichen**

Ein Meinungsaustausch über eine E-Mail-Liste

Inhalt	Seite
1. Vorweg	3
2. Verständnisbasis	6
3. Was ist bei der Gesellschaftsgestaltung zu beachten?	8
Einschub: > Vielleicht in hundert Jahren / Warum der Islam als religiös-politisches System nicht zu Deutschland gehört <	10
4. Erwartungen an die Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages	13
5. Die Gestaltungsmöglichkeiten für einen neuen Gesellschaftsvertrag	15
6. Die Arbeitsschwerpunkte der Freiwirtschaftsschule und ihre historische Verankerung	17
7. Die Anwendung freiwirtschaftlichen Wissens im politischen Alltag	35
8. Wie können wir prüfen, ob unsere Gedanken oder die der anderen richtig sind?	47
9. Schlussbetrachtungen und Folgerungen	50
10. Ein paar Kontaktadressen	54
11. Nachträge: Abbau der SM / (k)ein Blick zurück / Die Wunsch-DDR	
a) „Sozialabbau-Marktwirtschaft“	54
b) (k)ein Blick zurück	57
Traurige Nachricht: Eckhard Behrens ist gestorben	59
b c) Die Wunsch-DDR	59
Merksätze	63

1. Vorweg:

Anmerkungen sind keine kompletten Zustandsbeschreibungen, das sollte bei den Erwartungen an diesem Text berücksichtigt werden.

Was genau die Freiwirtschaft ist und wie sie bisher gewirkt hat, kann hier auch nicht ausführlich beschrieben werden. Neben den Auskünften im Netz gibt es dazu in der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg das *Archiv für Geld- und Bodenreform*.

<http://www.bis.uni-oldenburg.de/startseite/profil-des-bibliotheks-und-informationssysteme/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform/>

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

Über den Begründer der Freiwirtschaftsschule schreibt [Erich Mühsam](#) in seinem Nachruf in Fanal 7 / vom April 1930:

Silvio Gesell war ein sozialer Wegbahner von größtem geistigen Wuchs; der Spott der Börsenpraktiker und das Gelächter der Marxisten können seine Bedeutung als Vorkämpfer gerechter und freiheitlicher Gesellschaftsgattung nicht mindern. Die Zeit revolutionärer Verwirklichung wird dem Toten vieles abzubitten haben, was die Zeit dogmatischer Unbelehrbarkeit an dem Lebenden und damit zugleich an sich selbst gesündigt hat. Der Weg der Menschheit zur anständigen Gemeinschaft wird mit mancher Fuhre Erde aus dem Garten Silvio Gesells gestampft sein." -

Und im Heft 6 / 15. März 1980 der *ZEITSCHRIFT für das gesamte KREDITWESEN* schreibt der verstorbene Ökonom Professor Dr. Oswald Hahn unter dem Titel *In Memoriam Silvio Gesell* u.a. ¹:

Die Wissenschaft im allgemeinen und Kollegen im besonderen sind sehr schnell bei der Hand, wenn es ums Vergessen geht. (...) Bekannt geworden ist Silvio Gesell als Wissenschaftler - mit den Konzeptionen »Verstaatlichung des Geldes« (1892), »Verstaatlichung des Bodens « (1906), »Zinslose Wirtschaft« und »Schwundgeld« (1911). Die beiden letzten Ideen sind zusammengefaßt im bedeutendsten Buchtitel von Gesell, nämlich der insgesamt siebenmal aufgelegten »Natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« (letztmals Lauf, 1949). ²

1 Der gesamte Artikel ist hier zu lesen:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf>

2 Danach wurde das Buch im Zusammenhang mit den 18bändigen gesammelten Werken von Silvio Gesell

Erfahrungsobjekt der Studien dieses Geldtheoretikers waren die lateinamerikanischen Inflationen, die Gesell (geboren 1862 bei Malmedy) als Kaufmann in Argentinien (bis 1900) miterlebte, und die Preisschwankungen des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts in Europa. Als die originellste Theorie kann die des Schwundgeldes als Instrument einer Deflationsbekämpfung gelten. Otto Veit ordnet sie als eine der vier Erscheinungsformen von Indexwährungs-Konzeptionen ein. Es ist eine Ironie, daß die Schwundgeldidee nirgends Bestand hatte, wohl aber die Wirtschaftspolitik aller Industrieländer seit dem zweiten Weltkrieg mit einem faktischen Schwundgeld lebt.

Silvio Gesell hat es verstanden, klar und verständlich zu schreiben - eine Gabe, die sowohl den reinen Theoretikern und Reformern wie auch manchen Praktikern unserer heutigen Zeit weitgehend abgeht. Die »Natürliche Wirtschaftsordnung« ist auch heute noch lesenswert: Nach unserer Meinung eine angenehmere und sicher nicht unrealistischere Lektüre als die des Buches von John Maynard Keynes.

...

Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfassersbedingte Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Europa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fulbright-Stipendiaten möglich.³

An dieser Stelle muss die Leserin oder der Leser sich mit dem weiteren Hinweis begnügen, dass die Freiwirtschaft eine Lehre ist, die zeigt, wie die Marktwirtschaft störungsfrei zum Laufen gebracht werden kann und sich als ein Gedankenmodell für eine freie und soziale Gesellschaft versteht, die keine Anleihen in der Zentralverwaltungswirtschaft nötig hat. Die Freiwirtschaft erhebt den Anspruch, durch ihre Einführung die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien. Das ist für viele Bürger nicht verständlich, weil sie gelernt haben, die beiden Begriffe als austauschbar zu betrachten, als Synonyme zu gebrauchen. Hier in kürzester Form der Unterschied der beiden Begriffe. Marktwirtschaft ist ein dezentrales, sich selbst steuerndes System des Leistungsaustausches und der Kapitalismus ist die Möglichkeit, aufgrund von Systemfehlern in der Marktwirtschaft leistungsloses Einkommen zu den Lasten des Arbeitseinkommens zu beziehen.

Der Kampf der an der Freiwirtschaft orientierten Bürger galt in der Zeit der Weimarer Repu-

von Werner Onken erneut herausgegeben.

- 3 So ähnlich scheint es zu laufen. Im Zusammenhang mit dem „negativen Zins“ der Notenbanken – die Gesells Geldtheorie nur ungenau spiegeln – wird im englischen Sprachraum auf Gesell Bezug genommen. In Deutschland scheinen die Ökonomen, die diese Wissenschaft repräsentieren noch zu überlegen, ob es ihrer Karriere und ihrem Ruf gut bekommt, wenn sie sich auf Gesell einlassen.

blik der Inflationspolitik mit der Enteignung aller auf Geld lautenden Forderungen und der Deflationspolitik mit ihrer verheerenden Arbeitslosigkeit und Unternehmenszusammenbrüchen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auf dem Bundestag des damaligen Freiwirtschaftsbundes im November 1952 die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet. Nach der anfangs fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Ordoliberalen wurden die Freiwirte aus ihrer eigenen Gründung verdrängt.

In der Gründungsphase der grünen Partei Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre gehörten Freiwirte mit zur Sperrspitze der Bewegung. Ihre Offenheit auch gegenüber Mitgliedern von K-Gruppen wurde ihnen zum Verhängnis. Sie wurden zahlenmäßig und für den politischen Kampf gut trainierte Mitglieder dieser Gruppen an den Rand und darüber hinaus gedrängt.

Die Antifa – das sind Gruppen, die nach ihrem Selbstverständnis den Faschismus bekämpfen, aber den Faschismus in ihren eigenen Köpfen nicht wahrnehmen - haben alles dran gesetzt, Gesell als faschistisch oder faschistoid zu verleumden.

Der Neoliberalismus Chicagoer Prägung mit seiner Blindheit gegenüber dem Kapitalismus als Systemfehler der Marktwirtschaft hat sich für die marktbetonte Freiwirtschaftsschule als Antiwerbung entwickelt, denn wenn die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet werden, dann bleibt es nicht aus, dass das Publikum Kapitalismus versteht, wenn die Freiwirtschaft Marktwirtschaft sagt.

Die Wirtschaftswissenschaften des Westens haben sich dadurch, dass sie Erklärungsmuster für ökonomische Probleme abseits ihrer Denkbahnen einfach aus der Forschung und Lehre ausgeschlossen haben, genauso als ideologisch verformt erwiesen wie die in den untergegangenen marxistisch orientierten Staaten.

Wenn ich mir bewusst mache, wie viele Nachrichten, Kommentare, Geschichten aller Art durch die Medien, Bücher und auch Kollegen und Familienmitglieder auf die Menschen einwirken, frage ich mich auch, ob ich überhaupt etwas mitteilen kann, was einen Neuheits- oder Erklärungswert hat. Es gilt in solchen Situationen, das Selbstvertrauen in Stellung zu bringen, das ist aber mehr, als den Aufforderungen von Amtsinhabern zu folgen und sich für

den Erhalt der Demokratie einzusetzen. Hier besteht doch der Verdacht, dass die Bürger nur das Echo für politische Parolen erzeugen sollen. Außerdem besteht doch der Verdacht, dass die, die zur Verteidigung der Demokratie aufrufen, selber diese schon verlassen haben. Kurzum: Was ich hier sage, geht auf meine Kappe und ist nicht Ausdruck einer Beschlusslage irgendeiner Gruppe. Ich kann mir nicht gewiss sein, Zustimmung zu meinen Bemühungen zu erhalten, sondern nur hoffen, dass meine Ausführungen sich als nützlich erweisen. Gerade weil die freiheits- und sozialbetonte Freiwirtschaft anschlussfähig ist an den großen politischen Strömungen wie Sozialismus, Liberalismus, Anarchismus und Religionen, soweit es ihre ökonomischen Aussage betrifft, besteht immer die Gefahr, dass sie von einzelnen Menschen für Inhalte in Anspruch genommen wird, die nicht zu ihr passen und ein positives Erscheinungsbild stören. Auch der Vorteil, dass die Freiwirtschaft nicht in das politische Links-rechts-Schema passt, wird in Phasen, wo die politische Diskussion stark an der Links-rechts-Leitplanke gekoppelt ist, zum Nachteil.

2. Verständnisbasis

Die Formulierung „...Folgen für unsere Gesellschaft, Europa und die Welt“ im gewählten Titel mögen angeberisch oder bombastisch wirken, sind aber nicht so gemeint. Wir wissen heute, dass die Wirkungsketten in der Natur und menschlichen Gesamtgesellschaft fast unübersehbar sind. Das Bild von dem Schmetterling auf der anderen Seite unseres Globus, der durch seinen Flügelschlag bei uns einen Sturm auslösen kann, ist sicher übertrieben, zeigt aber plastisch an, dass nicht wahrgenommene kleine Ereignisse in der Natur für große Wirkungen sorgen oder sorgen können.

Die Menschen selber sind auf ihren Körper bezogen noch ein Naturprodukt ⁴, das sich autonom selber steuert, soweit diese Selbststeuerung nicht durch seine Denk- und Willenskraft und durch äußere Einwirkungen gestört wird. Anders als bei Tier-Gesellschaften – die noch von gestaltungssicheren Instinkten gesteuert werden, spielen die Instinkte bei der Bildung der menschlichen Gesellschaften nur noch eine geringe Rolle. Die Bildung von menschlichen Gesellschaften ist dagegen auf die Denk- und Willenskraft – die sich in der Gestaltungsfähigkeit äußert – ihrer Mitglieder als Kollektiv oder Ausgewählte angewiesen. So wie

⁴ Das kann sich ändern, wenn die Forschung weiter fortschreitet und der Mensch sich als Schöpfer und nicht mehr als Geschöpf versteht.

die Denk- und Willenskraft des Menschen die Selbststeuerung des eigenen Körpers fördern oder schaden kann, so haben diese Eigenschaften auch bezogen auf die menschlichen Gesellschaften ihre positive oder negative Wirkung. Dabei kann man vielleicht im geschichtlichen Rückblick feststellen, welche Wirkung positiv oder negativ war. Was der Mensch nicht kann, ist, sich aus dem ewigen Prozess der Gesellschaftsbildung oder -formung heraushalten. Auch der, der sich bewusst aus diesem Prozess heraushalten will, kann nicht verhindern, dass seine Abstinenz eine Wirkung erzielt. Kein Kaiser, kein Diktator und keine demokratische Regierung hält sich an der Macht ohne aktive oder passiver Zustimmung der Mitglieder der betreffenden Gesellschaft.

Was mir wichtig erscheint, ist, dass die Gestaltungskraft in einer Gesellschaft, die durch die Summe und die Inhalte der beteiligten Köpfe summiert wird, nicht automatisch auf ein bestimmtes Ziel hin ausgerichtet ist, sondern das Ziel muss von Gesellschaftsmitgliedern formuliert und gesetzt werden. In den Zielsetzungsprozess fließen dann die in x Generationen angesammelten Erfahrungen und Denkergebnisse, so weit sie im Gedächtnis der Menschen abrufbar sind, ein. Das ist aber nicht ein einmaliger Akt für die betreffenden Gesellschaften, sondern er hat seine Gültigkeit nur für ein paar Generationen. Und wer die Demokratie als Herrschaftsform wirklich will, muss sich auch dafür einsetzen, dass der Prozess der Gesellschaftsbildung offen bleibt, weil sonst die Toten und nicht die Lebenden in der betreffenden Gesellschaft herrschen.

Ableiten kann man aus dem bisher gesagten, dass es keine Lösung gesellschaftlicher Probleme für immer gibt. Und für das gegenwärtige künftige Streben nach einer besseren Gesellschaftsordnung gilt auf nationaler, europäischer oder weltweiter Ebene, dass ein Denkfehler der Schmetterling ist, der den Sturm auslöst, der angestrebten Ordnung am Ende den Sturm – in Form von Hunger, Krieg und Vertreibung – auslöst, der das ganze Konstrukt wie ein Kartenhaus zusammenfallen lässt. Das Bild, das ich von den Menschen und ihren Gesellschaften hier gezeichnet habe, mag nicht ganz der Stand der aktuellen Wissenschaften von den Menschen und ihren Gesellschaften sein, es ist aber in seinen Konturen klar genug für die Aussagen, die ich nachfolgend mache. Das gilt auch, wenn ich nicht versucht habe, die Abgrenzung oder Überschneidungen der Begriffe Staat, Gemeinschaft und Gesellschaft einerseits und Gesellschafts- und Verfassungsgestaltung zu klären.⁵

5 In dem Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft / Grundbegriffe der reinen Soziologie“ von Ferdinand Tönnies, 1922 findet sich eine übersichtliche Tabelle, die muss aber nicht dem Stand der heutigen

3. Was ist bei der Gesellschaftsgestaltung zu beachten?

Menschliche Gesellschaften haben weder einen An- und noch einen Ausschalter. Die Gesellschaftsgestaltung stellt sich „automatisch“ ein und dauert so lange, wie mehr als ein Mensch irgendwo siedelt oder gesiedelt hat. Alle Eigenschaften des Menschen, die über ihn nach außen wirken, prägen seine Gesellschaft, und zwar unabhängig davon, ob er das will oder nicht. Aber schon in ganz einfachen überschaubaren Gesellschaften stellen sich folgende Fragen ein: „Wer ist Amboss?“ „Wer ist Hammer?“ Und: „Ist ein Rollenwechsel zwischen Hammer und Amboss möglich oder ist er es nicht?“ Die Antworten darauf begrenzen auch die Zuordnung oder die Wahl der Regierungsformen. Der Rollenwechsel vom Amboss zum Hammer⁶ ist in einer Diktatur nicht möglich. Auch wenn ein neuer Diktator den alten verdrängt, ist das kein Rollenwechsel im Sinne von Hammer und Amboss.

Für die Gesellschaftsgestaltung steht uns nie die Tabula rasa, ein unbeschriebenes Blatt, zur Verfügung. Jede Gruppe von Menschen, die sich zur Gesellschaftsgestaltung Gedanken machen, um sie umzuformen, müssen von dem Vorhandensein einer bestehenden Gesellschaftsform ausgehen. Wenn sie theoretisch ein Modell gebildet haben, sind sie gezwungen, über austauschbare Elemente der gegenwärtigen Ordnung nachzudenken, um sich so ihrem Ziel zu nähern. In Situationen wie z. B. nach dem Zweiten Weltkrieg können die Pakete der ordnungspolitischen Austauschelemente größer sein als in unserer jetzigen Situation.

Wer die Menschenrechte respektiert, den Wert des einzelnen Menschenlebens achtet, christliche Nächstenliebe, Solidarität oder Humanität nicht für Leerformel oder Geschwätz hält, baut bei gesellschaftlichen Änderungen oder Erneuerungen nicht auf die Revolution, die selten ohne Gewalt auskommt, sondern auf eine Evolution. Im Idealfall ist eine stetige Selbsterneuerung der Gesellschaft Bestandteil einer Gesellschaftsverfassung.

Soziologie entsprechen.

6 Der Hammer ist der aktive, formende Teil beim Schmieden. Die Metapher wird benutzt für Herrscher und Beherrschte, für gestalten oder gestaltet werden. Es geht zurück auf ein Gedicht von Johann Wolfgang von Goethe. >> Geh, gehorche meinen Winken, / Nutze deine jungen Tage, / Lerne zeitig klüger sein: / Auf des Glückes großer Waage / Steht die Zunge selten ein; / Du mußt steigen oder sinken, / Du mußt herrschen und gewinnen, / Oder dienen und verlieren, / Leiden oder triumphieren, / Amboß oder Hammer sein. << Mir fehlt in der Metapher dasjenige, was geschmiedet wird. Wenn die Regierung der Hammer ist und das Volk der Amboss, dann ist das, was geformt wird die Gesellschaft mit ihren Strukturen und Institutionen. Die Idee der Demokratie ist aber, dass das Volk der Hammer ist. Die repräsentative Demokratie, in der eine Auswahl des Volkes die Hammerfunktion übernimmt, trägt dann ein Element der Monarchie oder Diktatur auf Zeit in sich: Die Herrschaft von oben nach unten. Um dieses Element in Schach zu halten, sind Formen der direkten Demokratie als Mittel der Korrektur erforderlich.

Es dürfte aber eine Illusion bleiben, dass „ein neuer Mensch“ geschaffen werden kann, und ihn dabei so zu modulieren, dass er zu einer angestrebten besseren Gesellschaft passt. Realistische Gesellschaftsgestaltung muss davon ausgehen, dass der Mensch in seinen Grundeigenschaften in dem Zeitrahmen Zeit, den die Projektoren überschauen können, nicht veränderbar ist. Soweit der Mensch – abgesehen von den nicht veränderbaren Grundeigenschaften – formbar ist oder formbare Eigenschaften hat, lassen sich die gewünschten Änderungen besser durch Belohnung fördern als durch Bestrafungen oder mit den Androhungen seiner Verdammnis. Gesellschaftsreformer müssen sich daher über ein realistisches Bild vom Menschen, dass sie ihrem Vorhaben zugrunde legen – auch im Widerstreit mit anderen Vorstellungen – klar und einig werden. Geschieht das nicht, müssen die Gestalter⁷ einer neuen Gesellschaftsverfassung Kompromisse eingehen, die das Ziel, einen besseren Gesellschaftsvertrag zu formulieren, schon torpedieren, bevor es beschlossen wurde. Um zu verdeutlichen, was gemeint ist: Gesellschaftsgestalter können davon ausgehen, dass jeder Mensch ein unverwechselbares Individuum ist, das seinen Gestaltungsfreiraum benötigt, um seine Individualität ausleben zu können, dass er aber auch ein Wesen ist, das auf Gemeinschaft angelegt ist und ohne diese verkümmert. Gesellschaftsgestalter scheitern aber (schon im Hinblick auf die Demokratie als realisierbares Herrschaftsmodell), wenn sie davon ausgehen, dass der Mensch grundsätzlich seine eigenen Angelegenheiten nicht regeln kann – also unmündig ist und bleibt –, und daher grundsätzlich nur als Objekt gesellschaftlicher Fürsorge betrachtet werden kann. Eine bessere Gesellschaftsverfassung muss daher zum Ziel haben, dem Individuum die Selbstverantwortung zu ermöglichen und alles aus dem Weg zu räumen, was dem entgegensteht. Jedem Menschen muss die „Gleiche Freiheit“⁸ zuerkannt werden. Es ist auch zu beachten, dass aus gleichem Grund jedem Menschen überlassen bleiben muss, welcher religiösen Anschauung er anhängt, so fern diese die Ausübung der Grundrechte nicht aushebelt. Eine moderne Gesellschaftsgestaltung erfordert eine strikte Trennung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Die Redewendung „Das Christentum gehört zu Deutschland“ suggeriert aber, dass das Christentum immer noch eine Deutsche Staatsreligion sei. Und in den Kirchen und in der Politik – so der Eindruck – ist man immer noch stark bemüht, die Einheit von Staat und Kirche so weit wie möglich zu erhalten. Das ist aber keine Konflikte vermeidende Gesellschaftsgestaltung. Hinzu kommt jetzt, dass gesagt wird, der Islam gehöre

⁷ Die Gestalter stelle ich mir lieber als 10 % oder mehr einer Bevölkerung vor als eine gewählte oder eingesetzte Expertenkommission.

⁸ Das ist ein Buchtitel von Dieter Suhr. Mehr unter: <http://www.dieter-suhr.info/de/>

auch zu Deutschland. Das ist so lange richtig, wie damit gemeint ist, dass die Religionsfreiheit auch für Menschen gilt, die sich als Muslime verstehen. Die Aussage wird in dem Moment zu einem Warnsignal, wenn damit gemeint ist, alle hätten zu dulden, dass die Muslime die Einheit von Staat und Religion - wie sie noch in islamischen Staaten gilt – mit allen Konsequenzen auch für Deutschland und Europa fordern. Es zeugt nicht von Weitsicht, wenn argumentiert wird, es sei intolerant sich, dagegen zu stellen, auch wenn dadurch die Gesellschaftsgestaltung rückwärts gewendet würde. An einer solchen Stelle wird deutlich, dass die Religionen und Weltanschauungen einen großen Einfluss auf die Gesellschaftsgestaltung haben oder haben können.

oooooooooooo

Einschub

Ich erhielt heute, am 23. März per E-Mail-Anhang einen ESSAY mit folgendem Titel:

> **Vielleicht in hundert Jahren** / Warum der Islam als religiös-politisches System nicht zu Deutschland gehört <

aus der NWZ ⁹ vom 22. 3.2018, aus der ich hier Auszüge wieder gebe:

Der Islam der Gegenwart wird also, und das gilt es ehrlich zu erkennen, dominiert von Strömungen, die so antiaufklärerisch wie rückwärtsgewandt, so kollektivistisch wie freiheitsfeindlich sind. ...

... Aus den islamischen Kerngebieten ist nämlich keine maßgebliche liberale Reformbewegung namhaft und keine besitzt prägenden theologischen Einfluss. So können also all jene Negierungen grundlegender Werte, auf denen dieser deutsche Staat beruht, nicht zu Deutschland gehören, ebenso wenig wie eine Religion, die vermeintlich göttliches Recht über von Menschen nach demokratischen Prinzipien gemachtes stellt.

Das islamische Recht ist heute noch ein untrennbarer Bestandteil der Religion, und es beschränkt sich eben nicht auf Vorschriften für den Kult. Die Scharia umfasst alle Aspekte des menschlichen Lebens und beansprucht, sie zu regeln.

Akzeptierte der deutsche Staat dies, schafft er sich selbst ab. Letztlich gibt es drei Möglichkeiten: Entweder wendet er die pseudo-göttliche Gesetzgebung dieser einen Gruppe auf alle an, oder er erlaubt Ausnahmeregelungen für diese Gruppe. In jedem Fall wäre der säkulare Staat am Ende. Es bleibt also nur der Weg des völligen Ausschlusses islamischer Einflüsse auf das

⁹ NWZ steht für Nord-West-Zeitung, die in Oldenburg erscheint.

Recht des Landes. ...

Über den Verfasser wird folgendes vermerkt:

Autor dieses Beitrages ist Alexander Will. Der 47 -Jährige ist Islam- und Nahostwissenschaftler sowie promovierter Historiker. Den Autor erreichen Sie unter Will@Infoautor.de

Alexander Will vermerkt auch noch:

Rein physisch ist der Islam zudem erst seit 1961, seit dem Anwerbe-Abkommen mit der Türkei, nennenswert in Deutschland präsent. Erst dieses Abkommen führte zu massiver Einwanderung türkeistämmiger Muslime nach Deutschland.

Diese Einwanderung hat ökonomische Gründe, genauer gesagt, es waren Fehler im Geldsystem. Durch die Einbindung der deutschen Währung im Bretton-Woods-System mit fixierten Wechselkursen und der Unterbewertung der DM und dem Ankaufszwang der Bundesbank von Devisen wurde das Deutsche Geld inflationiert, was damals zu einer Überhitzung der Konjunktur mit Arbeitskräftemangel führte.

Ich habe mir auch die Sendung Scobel von Gert Scobel vom 22. März 2018 im 3Sat angesehen und angehört.¹⁰ Das Thema lautete „Die kirchliche Leere“. Scobels Gäste waren:

Michael Blume ist Religionswissenschaftler und lehrt an der Universität Köln. Seine Forschungsschwerpunkte sind: u.a. Evolutionsbiologie der Religiosität, Religion, Identität und Kultur.

Dr. Gritt Klinkhammer ist Professorin für Religionswissenschaft an der Universität Bremen. Forschungsschwerpunkte: u.a. Religiöse Diversität, Religion in modernen Gesellschaften, Islam in Europa, Evangelikal-charismatische Gemeinden, Salafismus .

Hans Joas ist Soziologe und Sozialphilosoph. Er ist Professor an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin und am Institut für Soziologie der Universität Chicago. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Religionssoziologie und Wertewandel.

Der Sender 3Sat bringt auf seiner Netzseite die Kolumne: Die Wende hin zur eigenen Erfahrung / Gert Scobels Gedanken zu "Die kirchliche Leere". Die Einleitung lautet:

Die Gründe für die Erosionen und Unterspülungen "des" Religiösen in den industrialisierten westlichen Ländern sind vielfältig wie die Formen religiösen Lebens selbst es sind - und waren.

Der Hauptgrund für das von vielen empfundene Zurückdrängen der Religionen, die an anderer Stelle mit zum Teil gewalttätigen, rücksichtslosen und eruptiven Einbrüchen in bestehende Ordnungen kompensiert werden, lässt

¹⁰ <https://www.3sat.de/page/?source=/scobel/sendungen/196361/index.html>

sich auf einer systemtheoretischen Ebene mit der Komplexität religiöser Systeme erklären. Religiöse Lebensformen stehen in einer Vielzahl von Wechselwirkungen mit anderen Systemen wie Politik, Kultur, Militär, Werbung, Ökonomie und vielen anderen Aspekten und Ordnungen, die das menschliche Leben prägen. Diese Wechselwirkungen sind ein offener, evolutiver Prozess, in dem Religionen je neu ihren Platz finden müssen.¹¹

Ich habe aus dieser Sendung mitgenommen: A) Der Schrumpfungsprozess der christlichen Kirchen ist nur eine europäische Erscheinung. Auf der südlichen Halbkugel findet eine Expansion des christlichen Glaubens statt. B) Die Loslösung von den Kirchen bedeutet nicht, dass die Menschen kein Bedürfnis nach Spiritualität haben. C) Die Nichtgläubigen in Deutschland nur eine geringe Neigung haben, sich zu organisieren und vermutlich auch nicht sich über ihre verfassungsrechtliche Stellung in unserem Staat Gedanken machen. D) Die Muslime in Deutschland würden den gleichen Trend unterliegen wie die Christen und zunehmend ihre Gotteshäuser meiden. Das wäre der Grund, dass manche Moschee-Gemeinden in finanziellen Schwierigkeiten steckten und Geld aus muslimischen Staaten annehmen würden.

Meine Schlussfolgerungen daraus sind: A) Die Deutschen müssen sich daran erinnern, dass sich Katholiken und Protestanten in Deutschland in der Vergangenheit gegenseitig auch bedroht fühlten. B) Die Religionsfreiheit schützt zwar die Religionsausübung, sie schützt aber nicht die religiösen Glaubensinhalte vor der Analyse des nicht an einem Glauben gebundenen Denkens und der Kritik, der Widersprüche zum Rechtssystem des weltlichen Staates. Eine Aufklärung darüber, dass der Mensch ohne religiösen Glauben oder ein Mensch, der sich von seinem Glauben oder seiner Glaubensgemeinschaft löst nicht in der Hölle oder sonst wo schmoren muss, ist notwendig, um den Machtanspruch des Gläubigen – egal welcher Religion oder Konfession - über die Menschen, die ohne religiöser Bindung leben oder vom Glauben abgefallen sind - zurückzuweisen und bedeutet keinen Angriff auf die Religionsfreiheit. Wenn ein Gläubiger – egal welcher Religion – glaubt, es sei ein gottgefälliges Werk, wenn er einen ungläubigen Menschen schadet oder tötet, dann muss klar gesagt werden (auch von Christen oder Muslimen), dass das ein Irrglaube und ein Fall für einen weltlichen Richter ist.

Einschub Ende

oooooooooooooooooooo

11 <https://www.3sat.de/page/?source=/scobel/196832/index.html>

4. Erwartungen an die Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages

Eine konfliktfreie Gesellschaft ist wohl nicht zu erreichen, wahrscheinlich nicht mal zu erwünschen, weil Konflikte nicht nur aufgrund falscher gesellschaftlicher Regelwerke entstehen, sondern auch Folge der dem Menschen eigenen Aggression sind. Die Aggression ist sozusagen seine Antriebskraft, seine Fähigkeit, auf andere und die Welt einzuwirken.¹² Es gilt daher, den Aggressionen nur die Möglichkeit zur destruktiven gesellschaftlichen Kumulation und Expansion zu nehmen, damit sie nicht zur Explosion mit schädlichen Folgen führen. Oder anders formuliert, es gilt die Elemente in der Gesellschaftsverfassung zu eliminieren, die ein friedliches Zusammenleben und -wirken von Individuen und Gesellschaft behindern und die konstruktive Ableitung von Aggressionen der Individuen verhindern.

Wenn man die Geschichte unserer Gesellschaft – oder die der Gesellschaften allgemein – betrachtet, dann ist sie eine Dokumentation von einer Kette von Kriegen, als Ausdruck dafür, dass die Optimierung der Gesellschaft(en) und den konstruktiven Einsatz der Aggression ihrer Mitglieder nicht gelungen ist. Eine Gesellschaftsgestaltung muss darauf achten, dass der durch Verbote und Erziehung nicht tilgbare Aggressionstrieb zur Friedensgestaltung in Kleingruppen - wie sie Familien oder die Arbeitskollektive darstellen – und in Großgruppen – wie Gesamtgesellschaften und der Völkergemeinschaft - eingesetzt werden kann.

Heute erhielt ich von der Evangelischen Akademie Loccum ein Mail mit der Erinnerung an die Konferenz im April 2018.

„Berufe(n) für den Frieden

Aktuelle und zukünftige Herausforderungen einer Profession

In der Ankündigung heißt es:

Alle teilen sie das Ethos, die Welt zum „Besseren zu wandeln“. Wie aber wird dieser Anspruch umgesetzt? Was wird in Zukunft im Arbeitsfeld zivile Konfliktbearbeitung erforderlich sein? Ist ein stärkeres Community-Bewusstsein notwendig? Welche Konsequenzen werden aus dem Auseinanderklaffen von Ist- und Soll-Analysen gezogen? Und welche politischen Empfehlungen lassen sich ableiten?

Die Bemühungen, die hier zur Sprache kommen, sind loblich, sie reichen aber nicht. Sie sind

¹² Ich weiß, dass nicht alle Leser dieser Zeilen mit meinem Verständnis von Aggression einverstanden sind, denn es gibt zahlreiche Theorien über die menschliche Aggression. Ich folge hier Anthony Storr und seinem „Lob der Aggression / Erkenntnisse der Verhaltensforschung“, 1970.

vergleichbar mit den Rettungsdiensten und Autowerkstätten, die den Schaden durch Unfälle im Straßenverkehr möglichst gering halten wollen. So wie es im Straßenverkehr darauf ankommt, ihn insgesamt sicherer zu machen, um die Unfälle zu reduzieren, so kommt es in der Gesellschaftsgestaltung darauf an, künftig Konflikte und gegenwärtige zu reduzieren, sie klein zu halten und in Formen ablaufen zu lassen, die die kalten und heißen Kriege ganz vermeidbar zu machen. Um dahin zu kommen, müssen die auftretenden kleinen und großen Konflikte auf ihre Ursachen hin überprüft werden. Sicher lassen sich viele Konflikte schon dadurch lösen, dass Verfahrensregeln oder der Eigentumsstatus an der Existenzgrundlage der Menschen, nämlich der Erde, geändert werden. Die angestrebten Veränderungen zur Humanisierung der Konfliktaufläufe selbst haben auch ein Konfliktpotential in sich, wenn es nicht gelingt, sie so zu gestalten, dass alle betroffenen Menschen davon einen Nutzen haben und mit den Änderungen nicht ein Teil der Menschen einer Gesellschaft damit die Herrschaft über die anderen anstrebt. Für Mord, Brandschatzung, Hunger und Vertreibung aufgrund von der Durchsetzung von Versprechen für ein Paradies auf Erden gibt es bis in die Gegenwart genug Beispiele in der Geschichte.

Dass Deutschland trotz der bösen Erfahrungen mit zwei Weltkriegen auch Exportmeister in Sachen Rüstung ist, ist beschämend, denn mit diesen Waffen wird wieder anderswo getötet und werden nichtmilitärische Konfliktlösungen verhindert. Besonders betrüblich ist, dass die Nachfahren jener Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg schworen, nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung, heute streiken, wenn eine Rüstungsfabrik oder eine Kaserne geschlossen werden soll. Dass alles darf aber nicht darüber täuschen, dass die Abrüstung alleine die Welt noch nicht friedlicher macht, wenn die Konflikte, die in der Hauptsache im ökonomischen Bereich verursacht werden – in ihrem Erscheinen aber oft nationalistisch oder religiös verkleidet sind - nicht aufgelöst werden. Silvio Gesell hat im April 1916 in Bern, also im Ersten Weltkrieg, in einem Vortrag die Friedensfreunde eindringlich auf diese Zusammenhänge hingewiesen.¹³ Sie sind in der großen Mehrzahl, dieser Spur, die zu den Ursachen des Krieges nicht gefolgt. Die Nichtbeachtung hat zu dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg geführt. Und die Missachtung dieser Zusammenhänge durch die deutschen Regierungen und Parlamente wurde in Folge nach dem Zweiten Weltkrieg fortgeführt. Die nach Europa drängenden Flüchtlinge sind eine der vielen Folgen dieser Politik. Wieso wundern sich die Politiker bei uns darüber, dass die anderen EU-Staaten nicht dafür zahlen wollen?

¹³ Silvio Gesell: „Ist der Bürger- und Völkerfrieden vereinbar mit der Goldwährung?“ in: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“, 9. Auflage 1949, ab Seite 215

Ein neuer Gesellschaftsvertrag für die Deutschen oder für die Europäer insgesamt hat nicht nur für den Frieden zu sorgen, sondern eben auch für die Freiheit und den Wohlstand der einzelnen Menschen, wie auch für ihre Zusammenschlüsse in Gruppen: mögen sie Familien, Gesangsvereine, Erwerbsvereinigungen, staatliche Einheiten oder übernationale Aktionseinheiten sein. Einkommen und Vermögen dürfen sich nicht soweit spreizen, dass daraus ein Sprengstoff wird. Die Regelwut darf auf deutscher und europäischer Ebene, die jegliches Eigenleben der Gliederungseinheiten der deutschen und europäischen Ebene erstickt, muss gewendet werden, damit die Begriffe *Autonomie*, *Föderalismus* und das *Subsidiaritätsprinzip* wieder einen glaubhaften Inhalt erhalten und die Rechtsstaatlichkeit nicht länger von einer unübersehbaren Fülle von Gesetzen und Verordnungen sabotiert werden. Das ist die schwerste politische Aufgabe unserer Zeit und die Art der Gestaltung dieses Prozesses entscheidet darüber, ob die Demokratie bei uns wie vorher in der DDR im Stadium einer Ideologie steckenbleibt oder nicht.

5. Die Gestaltungsmöglichkeiten für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Dass es auch hier nur bei Andeutungen bleiben kann, sollte ohne weitere Erläuterung einsehbar sein, denn das Thema füllt ja ganze Bücher und Büchersammlungen. Da es hier um die Art geht, wie Institutionen und ihre Verbindungen untereinander gestaltet sind, welches Muster erkennbar ist und wie das Verhältnis zwischen den Institutionen und den Bürgern aussieht, wird auch von Gesellschaftsordnungen gesprochen. Und damit diese Ordnungen in der Mehrzahl benannt werden, muss es für sie auch Unterschiede im Inhalt und für seinen Geltungsbereich auch Unterschiede geben, sonst könnten wir uns ja mit dem Begriff in der Einzahl begnügen. Die Mehrzahl von Ordnungen eröffnet uns Gestaltungsmöglichkeiten und dieses Gestalten wird Ordnungspolitik genannt. Und die Gestaltung von Deutschland, Europa und der ganzen Welt entscheidet sich durch die künftige Ordnungspolitik, die der allgemeinen Politik, die sich danach richten soll, außerhalb des Blickfeldes geraten ist. Die Ordnungspolitik kann sich aber nicht segensreich auswirken, wenn nicht vorher die Fehler in den gesellschaftlichen Teilsystemen getilgt wurden.

Die Frage ist nun, ob es für die Ordnungspolitik einen Kompass gibt. Der herkömmliche Kompass für die terrestrische Navigation mit der Anzeige der vier Himmelsrichtungen ist dazu nicht geeignet. Die Orientierungspunkte sind hier, die Begriffe „zentral“ und „dezen-

tral“, „absolutes Monopol und atomistische Konkurrenz“, steile oder flache Hierarchie, Überordnung oder Unterordnung, Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung, Individualismus oder Kollektivismus. Auch ist zu klären, wie der Kapitalismus – hier verstanden als die Möglichkeit, arbeitsloses Einkommen zu beziehen - in den möglichen Ordnungsformen entsteht und wirkt. Dann ist die Frage zu klären, ob für die gesellschaftlichen Teilbereiche die Ordnungen nach unterschiedlichen Gestaltungsprinzipien ohne Schaden für die Gesamtordnung gewählt werden können. Verträgt sich zum Beispiel ein demokratisches Regierungssystem mit einer zentralistisch-hierarchischen Ordnung für die weiteren gesellschaftlichen Gestaltungsfelder? Oder kann man eine Parteiendemokratie mit einer dezentralen Wirtschaftsordnung verbinden. Das Beispiel China erscheint nicht nachahmenswert.

Walter Eucken hat als reine Ordnungsformen der Wirtschaft die Zentralverwaltungswirtschaft (auch Kommandowirtschaft benannt) und die Marktwirtschaft (auch Verkehrswirtschaft benannt) nochmal herausgearbeitet. Neben diesen beiden reinen Formen gibt es nur noch die Eigenwirtschaft (ohne wirtschaftliche Beziehungen nach außen) und Mischformen zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft. Auch, wenn die reinen Formen wohl immer nur ein Ideal bleiben, so zeichnet sich die Qualität einer bestehenden Wirtschaftsordnung durch die Nähe zum Ideal aus und dadurch, ob die Politik jeweils mehr Anleihen bei der einen oder anderen Ordnungsform macht.

Bildung und soziale Sicherung haben immer auch eine ökonomische Seite, egal ob das Angebot marktwirtschaftlich oder zentralverwaltungswirtschaftlich organisiert wird. Wenn diese Leistungen für die einen unentgeltlich angeboten werden, müssen die Kosten die anderen tragen. Marktwirtschaftliche Lösungen ermöglichen Bildungsfreiheit und Wahlfreiheit für das soziale Sicherungssystem. Finanziert müssen beide Bereiche aus dem Arbeitseinkommen. Werden die Kapitalerträge heute zu stark vom Staat angezapft werden, hat das Kapital heute die Möglichkeit in den Streik zu treten, mit der Folge der Unterbeschäftigung. Die Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherungen sind auch Lohnkosten. Würden sie mit dem Hauptlohn an die Arbeitnehmer ausgezahlt, könnten diese ihre soziale Absicherung selber (auch mit Arbeitnehmervertretungen) organisieren. Aus dem Verhältnis Arbeitnehmer / Arbeitgeber würde viel Konfliktstoff entfernt. Die Probleme mit dem Mangel an Hort- und Kindergartenplätze und ihrer personellen und sachlichen Ausstattung zeigt typische Merkmale der Zentralverwaltungswirtschaft. Marktwirtschaftliche Lösungen stehen schon lange

unter starken Vorbehalten, die einerseits vom Mangel des Verständnisses von seinen Systemzusammenhängen erzeugt werden, aber noch mehr von den kapitalistischen Verzerrungen der Marktwirtschaft. Im Mittelpunkt steht heute eben nicht die Zufriedenheit der Anbieter und Nachfrager von Leistungen, sondern die Rendite des eingesetzten Kapitals. Marktwirtschaftliche Lösungsansätze wären für alle Bereiche wirtschaftlicher Aktivitäten dann die bessere Lösung als zentralverwaltungswirtschaftlich, wenn nur ihre Wirtschaftlichkeit eine Bedingung wäre. Die Wirtschaftlichkeit ist dann gegeben, wenn alle Kosten (einschließlich Abschreibungen aber ohne Kapitalertrag) eines Angebotes über den Preis abgedeckt würden. Der Anspruch auf Rentabilität (= Wirtschaftlichkeit plus Rendite, die nur zu den Lasten des Arbeitsertrages erzielbar ist.) sabotiert aber die marktwirtschaftlichen Lösungen und fördert solche, die der Zentralverwaltungswirtschaft zuzuordnen sind. Dass mit jedem Schritt in diese Richtung die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger auf der Strecke bleibt, wird dabei übersehen.

Um eine wirkliche Wahlfreiheit bei der Gestaltung unsere Gesellschaft mit ihren Institutionen und Strukturen ohne faule Kompromisse zu erhalten, müsste vorher die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit werden. Und der Kapitalismus hat sich verkrallt im Bodenrecht, in der Geldverfassung und im Patentrecht ¹⁴. Die Krallen des Kapitalismus lassen sich aber nicht mit Gewalt öffnen, sondern nur mit dem Nachdenken über die Ursachen seiner Wirkungen, damit diese Überwunden werden können. Hiermit mangelt es in dem angeblichen oder ehemaligen Land der Dichter und Denker..

6. Die Arbeitsschwerpunkte der Freiwirtschaftsschule und ihre historische Verankerung

Mit der Notwendigkeit, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, habe ich die Arbeitsschwerpunkte der Freiwirtschaftsschule benannt. Diese Benennung von Teilbereichen der Gesellschaftsordnung bedeutet aber nicht, dass andere Bereiche nebensächlich sind. Da diese Schule nur nebenberuflich vor dem Vergessen bewahrt werden konnte, kamen die Bereiche politisches System, Kultur einschließlich Bildungssystem, soziale Sicherung, und Unternehmensformen in der vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft zu kurz. Nicht einmal die Schwerpunkte der Freiwirtschaftsschule konnten gleichmäßig stark bearbeitet werden.

¹⁴ Das Patentrecht sollte ursprünglich den Arbeitsertrag des Erfinders schützen und dient heute dem Schutz ökonomischer Renten.

Das hängt damit zusammen, dass sich die freiwilligen Helfer ihr Thema selbst ausgesucht haben. Lange Zeit dominierte das Thema Geld und die Wirkungen des Zinses, neuerdings gab es eine Zuwendung zum Thema Bodenrecht. Unter Bodenrecht oder Nutzungsrecht der Ressourcen fällt aber alles, was die Erde dem Menschen zu bieten hat. Das Patentrecht wurde stiefmütterlich behandelt, obwohl hier viele Probleme zu bearbeiten sind. Unter den Menschen, die sich um das Wissen der Freiwirtschaftsschule bemühten, traf man eher einen Handwerker, Kaufmann, Lehrer, Arzt, Ingenieur, Rechtsanwalt oder Richter als einen etablierten Ökonomen. Aber diese Schule steht gedanklich nicht so isoliert da, wie sie es in der realpolitischen Wirklichkeit ist. Ein paar Zitate und Auszüge sollen die historische Verknüpfung verdeutlichen:

[Über die Funktion des Geldes und über die diesbezüglich weitverbreiteten Irrtümer]

Die Entfernung zwischen Himmel und Erde kann nicht größer sein als die Entfernung zwischen einer vernünftigen Vorstellung über das wahre Wesen des Geldes und der Verzerrung dieser Vorstellung, die in der Welt vorherrscht, die sich fast allgemein einstellte, so daß sie die richtige Vorstellung weitgehend verdrängte, obwohl dieses Verdrängen eine so große Verwirrung des Geistes ist, daß es die Ursache für den wirtschaftlichen Ruin der Staaten wird und größere Verheerungen bewirkt, als die gefährlichsten äußeren Feinde jemals an Verwüstungen anrichten könnten.

Tatsächlich besitzt das Geld, das man vom Morgen bis zum Abend, in der bereits angedeuteten und hinlänglich bekannten Weise, zu einer Gottheit erhebt, von sich aus überhaupt keinen Gebrauchswert, da man sich damit weder ernähren noch kleiden kann. Und alle diejenigen, die es mit einer derartigen Gier erstreben, und jene, die, um in seinen Besitz zu gelangen, keine Mittel scheuen und weder Gut noch Böse kennen, erwerben es lediglich mit der Absicht, es nach der Besitzergreifung sogleich wieder auszugeben, um sich das Notwendige für Beruf und Lebensunterhalt zu beschaffen.

Immer ist das Geld lediglich ein Mittel gewesen, sich die Waren zu beschaffen, weil man seiner unmittelbaren Erlangung einen Warenverkauf vorausgehen läßt. Auf diese Absicht, Waren zu kaufen, stößt man im allgemeinen bei denen, die das Geld empfangen, wie auch bei denen, die es abstoßen.

PIERRE LE PESANT DE BOISGUILBERT, Denkschriften zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich, 1986, Seite 164 f.

(Boisguilbert lebte von 17. Februar 1646– 10. Oktober 1714)

oooooooo

Sobald in einem Land aller Boden in Privateigentum ist, möchten auch die Grundbesitzer, wie alle Menschen, dort ernten, wo sie niemals gesät haben. Sie fordern selbst für den natürlichen Ertrag des Bodens eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras des Feldes und alle Früchte der Natur auf dieser Erde, die der Arbeiter, solange der Boden noch allen gehörte, nur einzusammeln und zu ernten brauchte, erhalten nunmehr selbst für ihn zusätzlich einen Preis. Er muß nämlich von nun an für die Erlaubnis zum Ernten dieser Früchte etwas bezahlen, indem er dem Landbesitzer einen Teil von dem abgibt, was er durch seine Arbeit eingesammelt oder erzeugt hat. Dieser Teil nun oder, was auf das gleiche hinauskommt, der Preis dieses Teils bildet die Bodenrente, die zugleich eine dritte Komponente im Preis der meisten Güter ist.

Der wirkliche Wert aller Bestandteile des Preises, das sollte man beachten, wird mit Hilfe der Arbeitsmenge gemessen, welche man mit jedem einzelnen Teil kaufen oder beanspruchen und einsetzen kann. Arbeit mißt nicht nur den Wert des Bestandteiles eines Preises, welcher sich in Arbeit verwandelt, sondern auch jenen, der sich in Rente und Gewinn auflöst.

Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, Übersetzung von Horst Claus Recktenwald, 1974, Seite 44

Über nichts wird allerdings häufiger geklagt als über Mangel an Geld. Geld fehlt einem, ähnlich wie Wein, immer dann, wenn man nicht die nötigen Mittel hat, um es zu kaufen, oder keinen Kredit, um es zu borgen. Wer indes entweder das eine oder das andere besitzt, dem wird es selten an erwünschtem Wein oder Geld mangeln. Eine solche Klage über zu wenig Geld hört man aber nicht immer nur von unvorsichtigen Verschwendern, sie ist bisweilen auch in einer großen Handelsstadt und in ihrer Umgebung verbreitet. Die Ursache liegt dann in der Regel in einer übermäßig starken Geschäftstätigkeit. Nüchternen Leuten, deren Vorhaben in keinem richtigen Verhältnis zum Eigenkapital stehen, können offenbar ebenso die notwendigen Mittel fehlen, um Geld zu kaufen oder Geld zu leihen, wie Verschwendern, die im Verhältnis zu ihrem Einkommen zu aufwendig leben. Ehe ihre Projekte soweit gediehen sind, daß sie einen Ertrag abwerfen, ist ihr Kapital und damit auch ihr Kredit zusammengeschrumpft. Sie suchen dann allenthalben Geld zu borgen, jeder sagt ihnen aber, er habe keines zu verleihen. Selbst solch weitverbreitete Klagen über Geldmangel beweisen also noch nicht, daß zu wenig Gold- und Silbermünzen im Lande umlaufen, sie drücken vielmehr nur aus, daß viele Leute Geld haben wollen, die nichts im Austausch dafür zu bieten haben. Wenn die Gewinne einmal höher als üblich sein sollten, so weiten die Kaufleute, ob groß oder klein, ihre Geschäfte irrtümlich übermäßig aus. Zwar schicken sie nicht immer mehr Geld als üblich ins Ausland, doch kaufen sie im In- und Ausland ungewöhnlich viele Waren auf Kredit, die sie dann auf entfernten Märkten in der Hoffnung anbieten, die Erlöse werden schon noch eingehen, bevor die Rückzahlung des Kredits ansteht. Wird aber die Tilgung früher fällig als die eigenen Forderungen beglichen werden müssen, so haben sie nichts zur Hand, womit sie

entweder Geld kaufen oder eine solide Sicherheit für neue Kredite leisten können. Die verbreitete Klage über Geldmangel ist also nicht auf zu wenig Gold und Silber zurückzuführen, sie hat vielmehr ihre Ursache in der Schwierigkeit dieser Leute, Geld geliehen zu bekommen und in der ihrer Gläubiger, die Rückzahlung zu erhalten.

Der Wohlstand ... Seite 354

Da der Wert des Geldes (also der Ware Gold oder Silber) selbst schwankt, glaubte Smith nach einem stabilen oder absoluten Wertmesser suchen zu müssen. Und hier geriet er in die Irre. Nachdem er hierfür zunächst das Getreide vorgesehen hatte, ist er dann zur Arbeit zurückgekehrt, die er, da sie angeblich niemals ihren Eigenwert ändere, als einziges stabiles Maß betrachtet, um den Realwert der Einkommen oder der Wohlfahrt, völlig unabhängig von der Zeit, berechnen zu können'. Auf diesem Holzweg sind ihm nicht wenige gefolgt, voran Ricardo und später Marx, in der Praxis Owen und einzelne kommunistische Länder.

Recktenwald in „Der Wohlstand ...“ in der Würdigung, Seite LV

(Adam Smith * 05.06.1723 Kirkcaldy † 16.07.1790 Edinburgh)

000000

Eine gute Währungsverfassung sollte jedoch nicht nur so konstruiert sein, daß sie den Geldwert möglichst stabil hält. Sie sollte darüber hinaus noch eine weitere Bedingung erfüllen. Wie die Wettbewerbsordnung selber sollte sie möglichst automatisch funktionieren; nicht einfach nur deshalb, weil die <Systemgerechtigkeit> erfordert, Währungsverfassung und allgemeine Wirtschaftsverfassung auf demselben Prinzip aufzubauen, sondern auch vor allem, weil die Erfahrung zeigt, daß eine Währungsverfassung, die den Leitern der Geldpolitik freie Hand läßt, diesen mehr zutraut, als ihnen im allgemeinen zugetraut werden kann. Unkenntnis, Schwäche gegenüber Interessengruppen und der öffentlichen Meinung, falsche Theorien, alles das beeinflußt diese Leiter sehr zum Schaden der ihnen anvertrauten Aufgabe. Gerade in der heutigen Situation besteht eine große Gefahr, daß eine nicht automatisch konstruierte Währungsverfassung zur Inflation mißbraucht wird. Die Versuchung ist nämlich übergroß, Disproportionalitäten, die im Produktionsprozeß entweder als Folge einer <Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis> oder aus den Machtkämpfen wirtschaftlicher Gruppen oder aus sonstigen Gründen entstehen, vorübergehend durch inflatorische Maßnahmen - Kreditexpansion, Abwertung, Politik des niedrigen Zinses und dergleichen - zu überdecken. Eine solche Geldpolitik verfährt wie ein Baumeister, der anstatt dem Gebäude ein solides Fundament zu geben, seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf das Dach konzentriert.

Aber ganz abgesehen von einer bewußt inflatorischen Geldpolitik, hat die bisherige Erfahrung deutlich gezeigt, daß sich in der faktischen Entwicklung ein Widerspruch geltend macht: die industrialisierte Wirtschaft braucht zu ihrer Lenkung die monetäre Stabilität; aber gerade die Unstabilität des Geldwertes scheint, wie die Konjunkturbewegung anzeigt, ihr inhärent zu sein.

Walter Eucken, „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, 3. Auflage 1961, S.162

(Walter Eucken, * 17. Januar 1891 in Jena; † 20. März 1950 in London)

0000000

... Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinstellung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung und einzel- gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Aus dem GELEITWORT des 1. Heftes 1949 der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ Herausgeber: Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Max Schönwandt unter Mitwirkung von Wilhelm Kromphardt / Otto Lautenbach

0000000

Freiwirtschaftler fordern konsequente Marktwirtschaft

Mit Vorschlägen für eine konsequente Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft beschäftigte sich die Bundestagung 1951 des Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November in Heidelberg-Ziegelhausen.

Der Freiwirtschaftsbund, der sich u. a. vor einiger Zeit mit einem „Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark“ an die Öffentlichkeit gewandt hat, möchte zwischen dem traditionellen Wirtschaftsliberalismus mit seiner notwendigen Folge der Monopolbildung und der staatlichen Eingriffe zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen einerseits und der die Freiheit des Individuums beschneidenden staatlichen Zwangswirtschaft andererseits einen Mittelweg aufzeigen. Seine Anhänger treten dafür ein, bei sonst größtmöglicher Wirtschaftsfreiheit dem Staat als einzigem Monopol die Überwachung der Währung und des Bodens zu übertragen. Damit soll die Bildung von „arbeitslosen Einkommen“ verhindert und das umlaufende Geld in Tempo und Menge so reguliert werden, daß ein gleichbleibender durchschnittlicher Preisstand aller Waren gewährleistet ist.

Diese auf den „Schwundgeldplänen“ Silvio Gesells sowie auf der „Index-

währung“ Irving Fishers fußenden Vorschläge, die im Verlauf der Tagung von den Freiwirtschaftlern Otto Lautenbach (Heidelberg), Dr. Ernst Winkler (München) und Nationalrat Werner Schmid (Zürich) verfochten wurden, finden bei Wirtschaftstheoretikern und Praktikern nur geteilten Beifall.

Als Vertreter der neo-liberalistischen Wirtschaftstheorie hob Univ.-Prof. Dr. Alexander Rüstow (Heidelberg) in einem ausgezeichneten Vortrag vor den Tagungsteilnehmern die gemeinsame Zielsetzung der sozialen Marktwirtschaft hervor. Er betonte, daß nicht nur die totale Zwangswirtschaft nach Moskau führe und eine schrittweise Sozialisierung, wie sie in England begonnen worden sei, denselben Weg - wenn auch langsamer - leite, sondern daß auch der traditionelle Liberalismus den Keim zum Staatszwang in sich trage. Er führe zu Machtzusammenballungen, die die freie Konkurrenz untergraben, veranlasse die wirtschaftlich Schwachen, den Staat zu Hilfe zu rufen und trage so zu einem stärkeren Staatseingriff bis zur völligen Verstaatlichung bei.

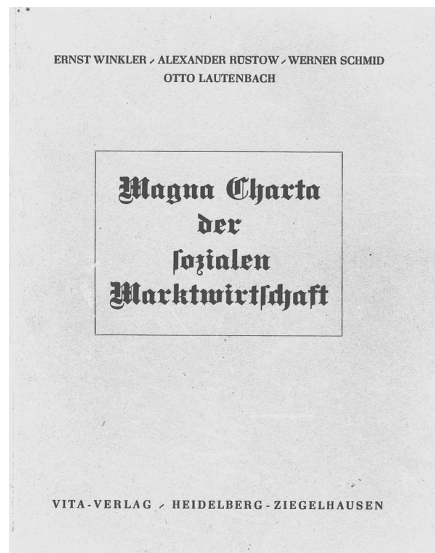
Der Neo-Liberalismus trete für eine Gleichheit der Chancen aller Menschen ein. Dazu gehöre als grundlegende Forderung u. a. eine wirksame Antimonopolgesetzgebung. Er befürworte ferner die Verwirklichung der freien Märkte auf allen Gebieten der Wirtschaft, damit nicht, wie etwa bei der geplanten Investitionsanleihe ein kranker Teil der Wirtschaft von einem gesunden unterstützt werden müsse.

In einer „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“, die auf der Tagung vorgelegt wurde, stellt der Freiwirtschaftsbund folgende Forderungen: Die Bundesregierung solle ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Einkommen decken. Die Märkte für sämtliche Waren und Dienstleistungen einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen. Es sollen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben werden, abgesehen von dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung soll keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen erlassen, keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenbewirtschaftung ist aufzuheben. Der Wechselkurs der Währungen wird von der Kaufkraftparität bestimmt.

Die Neue Zeitung Nr. 266, 12. November 1951

Entnommen „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“

Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November in Heidelberg gehalten wurden.



THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT

Wahre Demokratie mit persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft). Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Sicherheitsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten.

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht mit Einzelmaßnahmen erreicht werden, die zumeist unter den wechselnden und sich täglich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Konstellationen von Macht- und Interessengruppen stehen. Auf diese Weise kann eine grundsätzliche, über den Tag hinaus gültige Ordnung nicht errichtet werden.

Wir fordern deshalb ein Grundgesetz der Wirtschaft, das von den gesetzgebenden Körperschaften als Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft zu erlassen ist:

I.

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, unbehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen.

Die soziale Marktwirtschaft wird als Wirtschaftsordnung auf gesetzlicher Grundlage errichtet, die staatlichen Organe enthalten sich jeden Eingriffs in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse innerhalb dieser Ordnung. Dazu ist erforderlichlich:

1. Die Währungsverwaltung ist verpflichtet, die Währung der Bundesrepublik so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktions-

fähigkeit gewahrt bleiben. - Das Bundesbankgesetz regelt die Einzelheiten.

2. Der freie und unbehinderte Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz

des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole (Bodenmonopol) sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden. - Das Antimonopolgesetz regelt die Einzelheiten.

3. Die Bundesrepublik deckt ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Formen der Einkommen.

Die Länder, Kreise und Gemeinden decken ihren Finanzbedarf durch Zuschläge zu diesen Bundessteuern.

Bund, Länder und Gemeinden sind mit Zustimmung der Parlamente berechtigt, auf dem freien Kapitalmarkt für besondere Zwecke Anleihen aufzulegen. - Die Große Steuerreform regelt die Einzelheiten.

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung und der freien Preisbildung. Die Freiheit der Märkte ist durch Gesetz zu sichern.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Sie erläßt keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen, erhebt keine Zölle und zahlt keine Subventionen. Die Devisenzwangswirtschaft ist aufzuheben, der Wechselkurs der Währung der Kaufkraftparität zu überlassen.

II.

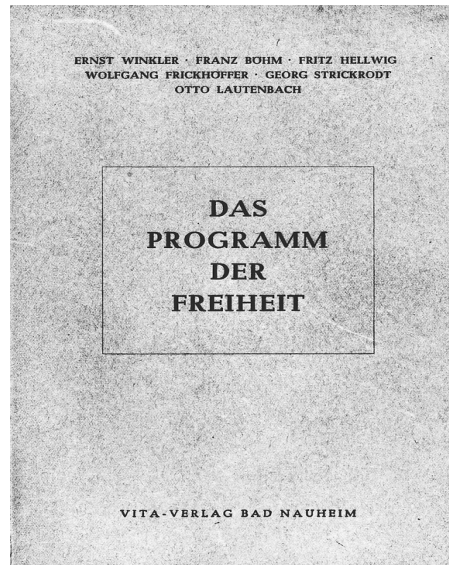
Die Bundesregierung wird ermächtigt und verpflichtet, innerhalb von drei Jahren, gerechnet von der Verkündung des Grundgesetzes der Wirtschaft an

1. Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dieses Gesetz erfüllen.
2. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Diese Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft erhält verfassungsrechtlichen Charakter, um den im Grundgesetz formulierten Menschenrechten einen realen Inhalt zu geben.

(Seite 77 f. aus Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, 1951)

oooooooo



THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORNDUNG

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Fragen wie das Notenbankgesetz, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, das Kartellgesetz, die Steuerreform, die Wohnungswirtschaft und unzählige Einzelgesetze für wirtschaftliche Teilfragen mehr und mehr unter die wechselnden Konstellationen des Tages gerieten und zum Tummelplatz der Interessentengruppen wurden, die sich einmal mehr und einmal weniger durchsetzten.

Es wird oft übersehen und weit unterschätzt, daß diese Entwicklung den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft ständig verstärkt, die Demokratie unterhöhlt, so daß unsere Gesellschaftsordnung Zug um Zug dem Kollektivismus verfallen muß. Diese Gefahr kann durch die soziale Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung überwunden werden. Die soziale Marktwirtschaft kann indessen nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern ihre Verwirklichung erfordert, daß die Wirtschaftsordnung als ein in sich geschlossenes Ganzes gesetzt wird.

Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung.

Dieses Bekenntnis soll die Bundesregierung verpflichten, in angemessener

Frist alle Gesetze und Verordnungen, die ihm widersprechen, Zug um Zug aufzuheben und alle, die zu seiner Erfüllung notwendig sind, zu erlassen.¹⁵
- 173 -

Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft); Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Verteidigungsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten. Unter allen denkbaren Wirtschaftsformen ist die soziale Marktwirtschaft diejenige, welche durch den unbehinderten Wettbewerb höchstmögliche Löhne, Gehälter und Einkommen für alle wirtschaftlich Tätigen, niedrigst mögliche Preise für die Verbraucher verwirklicht, und zwar wird dies in einem Ausmaß und Tempo geschehen, das heute noch von vielen als utopisch angesehen wird.

Wir fordern deshalb:

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. *Die Währung* der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. *Der freie Leistungswettbewerb* ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. *Die Große Steuerreform* wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. *Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen* (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen
- 174 -

15 TA: Hier merkt man noch die Fixierung der Akteure auf die Regierung, denn das, was da gefordert wird, wäre die Aufgabe des Parlamentes, wenn dieses nicht nur ein verlängerter Arm der Exekutive sein soll.

ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der *Kapitalmarkt* ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.¹⁶

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen *Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren- und Dienstleistungen*. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

VORSTAND:

Vorsitzer: Otto Lautenbach, Herausg. der „Blätter der Freiheit“, Heidelberg; stellvertretende Vorsitz: Wilhelm Blum, Direktor, Frank'sche Eisenwerke AG, Adolfshütte, Niederscheld, Dillkreis); Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V., Wiesbaden. - Walter Hoch, Druckerei Martin Hoch, Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch, Rechtsanwalt, Gießen; Dr. Alexander Meier-Lonoir, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Firma Heinrich Schwab, Import-Großhandel, Gießen; Prof. Dr. Ernst Winkler, München-Gräfelfing.

BEIRAT:

Prof. Dr. Paul Diehl, Bürgermeister, München-Gräfelfing; Walter Großmann, Rektor a. D., Hanau; Dr. Hans Jlau, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Franz Böhm, Frankfurt; Adolf Lindenkohl, Bankkaufmann, Göttingen. Dr. Oswald Mirbach, Bankhaus Vogeler & Co., Düsseldorf; Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftsjournalist, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg; Dipl.-Kaufm. K. K. Schürer, Wirtschaftsprüfer, Coburg; Dr. med. H. li. Vogel, Bad Liebenzell.

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich Frauen und Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

- 175 -

16 TA: Dieser Ausschluss der externen Vertretung der Arbeitnehmer schließt ein, dass die Mitarbeiter eines Unternehmens selber ihr Eigentümer werden können. Ich denke, die damalige Formulierung ist nicht aufgrund einer Abwehr externer Beratung entstanden, sondern aufgrund von Furcht vor extern veranlassten imperativen Mandaten durch damals noch stark vom Marxismus geprägten Gewerkschaften

Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Machtanspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe geltend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wettbewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kompromiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Marktwirtschaft mißkreditieren.

Der Bundesminister für Wirtschaft, Prof Dr. Ludwig Erhard hat in einem Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

Wir wollen das Programm der Freiheit in populärer Form in das Volk hineintragen. Die Diskussion dieser Fragen in den Kreisen von Sachverständigen und Verbänden kann keine positiven politischen Ergebnisse erzielen, weil die große Mehrheit des Volkes keine blasse Ahnung davon hat, was eine soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft offensiv vertreten. Das Maß unserer aktiven Aufklärungsarbeit hängt davon ab, wie weit der Kreis der aus innerer Überzeugung für die soziale Marktwirtschaft Arbeitenden gezogen werden kann und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Wir rechnen auch mit Ihrem Entschluß, ideell und materiell in unserem Kreis für die Verwirklichung des Programms der Freiheit mitzuarbeiten, wozu wir Sie herzlich und dringend einladen.

- 176 -

(Aus Das Programm der Freiheit, Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952 in Heidelberg gehalten wurden.)

Das Gründungsdatum der ASM, das der Wikipedia-Eintrag ausweist, kann dann wohl nur das Eintragungsdatum in das Vereinsregister sein. Der ganze Eintrag zur Geschichte gibt noch Anlass zu einer Anmerkung:

Geschichte

Der Verein wurde am 23. Januar 1953 von dem Ökonomen Otto Lautenbach gegründet. Lautenbach war zuvor Leiter des [Freiwirtschaftsbundes](#), kam jedoch nach dem Krieg zu der Überzeugung, dass nicht der Zins das Hauptproblem sei, wie dies vom Sozialreformer [Silvio Gesell](#) gesehen wurde, sondern dass eine immer stärker ausufernde Staatstätigkeit im Kollektivismus und einem totalen Staat enden müsse. Daher überwarf er sich mit den Freiwirtschaftlern und trat zusammen mit mehreren Anhängern aus dem Freiwirtschaftsbund aus.^[7] Nach dem Tod Lautenbachs im Jahr 1954 wurde [Alexander Rüstow](#), der bereits bei der Gründung der ASM dabei war, neuer Vorsitzender. Die ASM wurde zu einem Forum, das fast ausschließlich [neoliberale](#) Positionen repräsentierte.

Die ASM galt als „inoffizielles Sprachrohr“ der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und engagierte sich vor allem in Zeiten des Wahlkampfes für die Politik Ludwig Erhards

https://de.wikipedia.org/wiki/Aktionsgemeinschaft_Soziale_Marktwirtschaft

Zur Freiwirtschaft haben schon immer Menschen nicht nur der unterschiedlichsten Berufe gefunden, sondern auch solcher unterschiedlicher politischer, weltanschaulicher und religiöser Orientierung. Schon dies war der Grund, dass es zwischen den verschiedenen Akteuren und Gruppen zu Reibereien über den richtigen Weg gab, auf dem die Lehre zur Geltung gebracht werden sollte, welche Themen dringend bearbeitet werden müssten und welche besser in der Ablage für später ruhen sollten. Und wenn dann noch der erhoffte Erfolg ausblieb, suchte man natürlich das Versagen in den eigenen Reihen.

Dass Otto Lautenbach auch Anlass zu Reibereien im freiwirtschaftlichen Zusammenhang gewesen ist, habe ich mehrfach gehört, dass er damals aus dem Freiwirtschaftsbund ausgetreten ist, lese ich jetzt zum ersten Mal. Ernst Winkler, der in der Gründungszeit bis zu Lautenbachs Tod viel mit ihm zusammengearbeitet hat, stellt ihm in seiner Arbeit > FREIHEIT ODER? / Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ < ein gutes Zeugnis aus. Er schreibt in seiner genannten Schrift unter > 3.3 Ende des Freiwirtschaftsbundes <:

Durch Lautenbachs Politik wurde Gehalt und Leben der freiwirtschaftlichen Idee zunächst im schützenden Gehäuse des Freiwirtschaftsbundes entwickelt und sodann zwecks politischer Bewährung und Wirkung in die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft verpflanzt. Nach seinem Tod lebte die von ihm gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ohne diese nun eliminierte Idee kräftig weiter, während der Freiwirtschaftsbund noch einige Monate als leeres Gehäuse und ein weiteres Jahr als bloßer Schatten zurückblieb.

Eine mögliche Aussage Lautenbachs, „dass nicht der Zins das Hauptproblem sei“, habe ich später auch aus anderen Gründen auch aus Karl Walkers ¹⁷Mund gehört. Walker äußerte sich – wenn ich mich recht erinnere – im Vergleich mit dem Komplex Steuern und Subventionen. Lautenbach konnte sich so äußern, weil 1. der Kapitalstock zur Zeit des Neustarts der Wirtschaft nach dem Krieg noch niedrig war und daher noch geringe Ansprüche im Verteilungskampf geltend gemacht werden konnten. 2. Der Markt für alles, was auf ihm angeboten wurde, aufnahmefähig war und so konnten die Zinskosten der Unternehmen über die Preise wieder hereingeholt werden. 3. Konnte aufgrund des Kapitalmangels der Zins

¹⁷ Siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker

nicht so absinken, wo er zur Gefahr für die Konjunktur wird. Ab den 80er Jahren bis zu seinem Tod hat Helmut Creutz die Wirkungen des Zinses in verständlicher und umfänglicher Weise dargestellt.¹⁸

Der Satz „Die ASM wurde zu einem Forum, das fast ausschließlich neoliberale Positionen repräsentierte.“ im Wikipedia-Beitrag trägt nicht besonders zur Aufklärung bei. Auch wenn der Leser den eingebauten Link unter „neoliberale“ liest, dürfte er nicht viel klüger sein. Die Zusammenarbeit zwischen den Freiwirten und jenen Kräften der Freiburger Schule wäre besser mit Ordoliberalen gekennzeichnet gewesen. Und man kann es als tragisch empfinden, dass die Zusammenarbeit von Ordoliberalen durch den Tod von Akteuren und Missverständnissen beendet wurde. Den antikapitalistischen Kurs der liberalen Freiwirte konnten die Ordoliberalen wohl nicht verstehen, was unverständlich ist, weil die Ordoliberalen alles wissenschaftlich geschulte Köpfe waren und die Freiwirtschaft keine auslegungsfähige Religion ist. Die meisten aus der ASM ausgeschiedenen Freiwirte (Wolfgang Frickhöfer¹⁹ blieb als Geschäftsführer.) gründeten das Seminar für freiheitliche Ordnung.²⁰

Ernst Winkler schreibt in seinem schon erwähnten Text „FREIHEIT ODER?“²¹ im Kapitel „3. NACH LAUTENBACHS TOD“ im Abschnitt „3.2 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“:

Der Rückzug aus dem Vorstand in den Wissenschaftlichen Beirat der ASM kennzeichnet die Resignation der ehemals so reformfreudigen und kampfeslustigen Neoliberalen angesichts der Entwicklung nicht nur der Aktionsgemeinschaft, sondern vor allem der Sozialen Marktwirtschaft selbst. Diese Resignation fand ihren dokumentarischen Niederschlag im Protokoll der 37. Tagung der ASM vom 25./26.6.1973 unter dem Titel: „25 Jahre voraus“. Aus der langen Reihe der Tagungen Nr. 3 bis 36, die sich ebenso wie der zweite Tag der Tagung Nr. 37 in der beschriebenen Einstellung mit den jeweils aktuellen, für die Unternehmer-Interessen wichtigen Fragen befaßten, hebt sich der erste Tag dieser Jubiläums-Tagung durch folgende drei Vorträge kontrastreich ab:

Ludwig Erhard: Zwischen gestern und morgen

Hans-Otto Wesemann: Vom Nutzen der Erfahrungen

Alfred Müller-Armack: Der Theorie-Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft.

18 Helmut Creutz siehe: www.helmut-creutz.de und https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Creutz

19 Siehe zu Frickhöfer: <http://www.kas.de/wf/de/71.12663/>

20 Siehe: www.sffo.de

21 Veröffentlicht im Heft 273/4 der *Fragen der Freiheit* mit dem Generaltitel „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“. 2006. Bezugsquelle ist zu finden unter: www.sffo.de Auszüge unter: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/27.3%20Zeit%20Anhang%20III%20Winkler%20ASM.pdf>

Denn im Rückblick auf fünfundzwanzig Jahre „Soziale Marktwirtschaft“ und auf zwanzig Jahre „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ offenbarte sich fast unverhüllt die tiefe Kluft zwischen dem hoffnungsvollen Konzept von einst und der fast hoffnungslosen Realität von heute.

Ludwig Erhard bekannte sich zu einem theoretischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das sich nach einem Ausspruch von Alexander Rüstow an „überwirtschaftlichen Werten einer Wirtschaftsordnung“, vor allem an den Werten der persönlichen Freiheit orientiert. Alfred Müller-Armack erklärte „das Besondere dieser Konzeption ..., daß hier nicht nur die unverkennbaren sozialen Vorteile einer Wettbewerbswirtschaft im Vordergrund standen, sondern daß der Versuch gemacht wurde, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit zu einer echten Synthese zu bringen, bei der die Kräfte des Marktes den Ausbau der sozialen Sicherung tragen, die soziale Sicherung ihrerseits wieder die Funktionsfähigkeit und das Fortbestehen des Marktes garantiert.“ Die Frage, inwieweit es sich dabei um eine „echte“ oder eine „problematische“ Synthese handelt, wurde noch brennender bei der zustimmenden Zitierung einer Denkschrift der „Hamburger Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ vom Mai 1948 über die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft, deren elf Punkte offenkundig Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ verwässern, indem sie das Schwergewicht von den „konstituierenden“ zu den „regulierenden Prinzipien“ und zur „humanitären Ergänzung“ verlagern.

Aber selbst dieses schon beträchtlich entwertete Konzept wurde, was Müller-Armack zu erwähnen vergißt, durch die Praxis der Erhardschen Wirtschaftspolitik noch weiter korrumpiert. Unter dem Druck der „von rechts aus seinem eigenen Lager drohenden Gefahren“ (vergleiche „Volkswirt“, IV.2.3,c), unter dem Zwang übermächtiger Wirtschaftsinteressen und durch die zeitbedingte Notwendigkeit, zunächst das Wirtschaftswachstum zu forcieren, relativierte Ludwig Erhard die von Walter Eucken formulierten drei ordnungspolitischen Grundpfeiler (vergleiche IV.1): Der Grundgedanke der „konstituierenden Prinzipien“ (A), nämlich die vollständige Konkurrenz galt nur noch als Denkmodell; das Leistungskriterium hatte zu entscheiden, welcher Wettbewerbsgrad als ökonomisch sinnvoll zu gelten hat. Das „regulierende Prinzip“ der Monopolkontrolle (B.1) wurde unter dem Gesichtspunkt maximalen Wachstums mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Die beiden anderen „regulierenden Prinzipien“ (B.2: Korrektur der Einkommensverteilung, und B.3: Sozialpolitik) wurden durch das Argument entwertet, daß eine generelle Wohlstandssteigerung über geldwertstabile Expansion im Effekt sozialer sei als gezielte wachstumsgefährdende Einzelmaßnahmen. Schließlich wurde auch die „humanitäre Ergänzung“ (C) als eine mögliche Wachstumsgefahr durch den bloßen „Appell“ an das soziale Verantwortungsbewußtsein aller in einer „formierten Gesellschaft“ ersetzt.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung wendet sich Müller-Armack offensichtlich an die falsche Adresse mit dem Vorwurf: „Der Versuch ist alt, die Soziale Marktwirtschaft, die ein ernsthaftes, wissenschaftlich begründetes und praktisch ausgewiesenes System ist, abzuwerten. Man unterschlug ihre wissenschaftliche Begründung und nahm sie als einen bloßen - freilich er-

folgreichen - Wahlslogan an. Erst unlängst wurde sie von maßgeblicher Seite als ein Feigenblatt für kapitalistische Profitinteressen bezeichnet.“ Insbesondere ist der Vorwurf schlecht begründet: „Die Jugend - so sagt man - vermisst das Spiel mit Theorien, den Besitz einer intellektuellen Sprache. Sie vermeidet das Wort ‚Soziale Marktwirtschaft‘ und begnügt sich mit der Metapher ‚Spätkapitalismus‘.“

Im Vergleich zu dieser zahmen Kritik mit mißlingenden Versuchen, die Schuldfrage zu verschieben, hat die von Hans-Otto Wesemann gehaltene Bußpredigt den Vorzug einer ehrlichen und erfrischenden Offenheit, die ja wohl eine unerläßliche Voraussetzung für den „Nutzen der Erfahrungen“ ist. Daher ist es im Hinblick auf den heute besonders aktuellen Kampf zwischen falschen Angriffen und ebenso falschen Verschleierungsversuchen zweckmäßig, seine Gedanken ausführlicher wiederzugeben.

Die marktwirtschaftliche Ordnung sollte nicht „lediglich einen Instrumentenkasten zur Maximierung des Profites“ liefern, sondern das Ziel war eine „Marktwirtschaft in einer Gesellschaft mit breiter Streuung des Eigentums, standfesten Existenzen und echten Gemeinschaften, ... mit Gegengewichten gegen Wettbewerb und Preismechanik, ... mit einem breiten Gürtel selbständigen Mittelstandes, mit gesundem Verhältnis zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft und mit vielen anderen Dingen, die zu nennen wären, wenn wir eine gesunde Gesellschaft und eine natürliche Ordnung beschreiben wollen. Mit anderen Worten, das schließliche Schicksal der Marktwirtschaft mit ihren bewundernswürdigen, völlig unersetzlichen Mechanismus von Angebot und Nachfrage entscheidet sich jenseits von Angebot und Nachfrage“ (zitiert aus dem so benannten Werk von Wilhelm Röpke). Es kommt also nicht nur an „auf die Fähigkeit der Ordnungen, im wirtschaftlichen Sinn ein Maximum an allgemeinem Wohlstand zu produzieren“, sondern auch „auf die Randbedingungen der Wirtschaft, auf das Maß von Freiheitlichkeit, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Mobilität und all jene Elemente, die einer auf Freiheit des Individuums abgestellten Wirtschaftsordnung innewohnen.“

Aber die faktische Entwicklung brachte „die fatale Angewohnheit, sich in Lippenbekenntnissen zur marktwirtschaftlichen Ordnung zu überbieten und auf der anderen Seite mit Hilfe des modernen Pluralismus die Realisierung einer vollständigen Marktwirtschaft und vor allem eines wirksamen Wettbewerbes zu verhindern. So gehört es nicht gerade zu den rühmlichen Kapiteln der Vergangenheit, daß es, was den Wettbewerb angeht, nicht zur Schaffung von Bedingungen gekommen ist, wie sie von der Theorie einer Wettbewerbsordnung her geboten sind und wie sie ich dann als erforderlich erweisen, wenn man all die Mißbildungen vermeiden will, die notwendigerweise bei einer Unterversorgung an Wettbewerb eintreten. ... Ich erinnere an die makabre Geschichte des Kartellgesetzes aus den fünfziger Jahren; ... an den Umstand, daß - merkwürdig genug - es einer unter wesentlicher Beteiligung von Sozialisten geführten Regierung überlassen bleibt, die Jahre hindurch verhinderte Novellierung des Kartellgesetzes zu bewerkstelligen. Ich erinnere daran, daß die Verstöße gegen das vorhandene Kartellgesetz in der Regel von solchen Stellen und Unternehmungen“

gekommen sind, „die gewiß über reichliche und mit hoher Qualität besetzte Rechtsabteilungen verfügen.“

„Nicht der Versuch, eine zu groß werdende Macht durch eine noch größere Macht in Schach zu halten, entspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern die Bemühungen um Dispersion der Macht, um Zerstreuung der Macht im richtigen Zeitpunkt. Man muß zugeben, daß diese Aufgabe in der Praxis der Politik nicht gelöst worden ist. Das Kartellgesetz in seinem frühen Zustand erlaubte den Regierungen zwar, gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht einzuschreiten; aber es gab ihnen skurrilerweise nicht die geringste Möglichkeit, auf die Entstehung wirtschaftlicher Macht negativ einzuwirken.“

Aus einem Vortrag, den Alexander Rüstow ebenfalls auf einer Tagung der ASM gehalten hatte, zitierte Hans-Otto Wesemann zustimmend den Satz: „Es ist unter dem Gesichtspunkt der Staatsstruktur unerträglich, daß man es in einem Land, das demokratische Freiheit auf seine Fahnen geschrieben hat, duldet, daß sich private Machtpositionen nach privatem Belieben bilden, daß mitten in unserem demokratischen Gefilde sozusagen Raubritterburgen errichtet werden, die von den vorübergehenden Kaufleuten und Konsumenten Tribute erheben.“

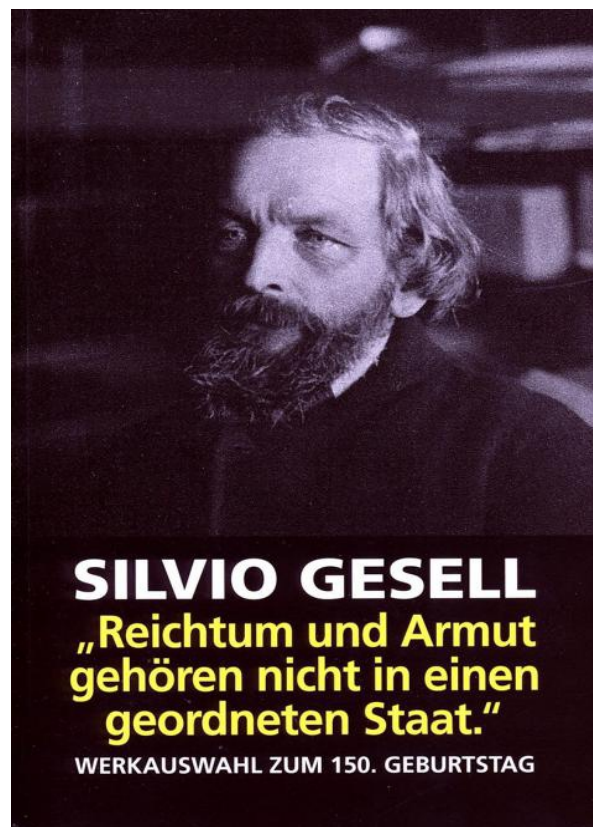
Wenn ein anderer als ich aus dem Umfeld der Freiwirtschaft sich zu Vorläufern, verwandten und widersprechenden Theorien zur Freiwirtschaftsschule geäußert hätte, wären vermutlich andere Namen und Werke genannt worden, wie die oben angeführten. Das hängt damit zusammen, dass es im Gegensatz zu der manchmal geäußerten Vermutung, die durch die verkürzte Formel von der Geld- und Bodenreform entstehen kann, wenig Dogmatik in der Freiwirtschaft gibt. Selbst Gesell, der Begründer der Freiwirtschaftsschule, wird vermutlich wenig gelesen. Wenn er im Geist trotzdem lebendig ist, erkenne ich als Grund, dass Gesell ein guter Stichwortgeber ist und sich an Menschen wendet, die besser den eigenen Kopf benutzen können, als auswendig zu lernen, was andere gelehrt haben. Egal, ob ein Interessent vom Marxismus, von der christlichen Soziallehre oder vom Keynesianismus her kommt, er wird – wenn er nicht mit geistiger Blindheit geschlagen ist – immer etwas Interessantes finden. Bei mir hat es eine ganze Weile gedauert, bis ich für mich akzeptieren konnte, dass ich ein Gesellianer bin. Ich wollte ja nicht glauben, was die richtige Ökonomie ist, sondern prüfen. Ich bin mir inzwischen gewiss, dass ich auf dem richtigen Wege bin. Aber Gewissheiten sind nur Zwischenstände oder Plätze zum Ausruhen auf dem dornigen Weg zur sachlichen Wahrheit.

Zwischen gestern und heute hat es bei den Freunden ²² der Freiwirtschaftsschule keinen Stillstand

22 Die männliche Wortform für Menschen denke ich immer auch in der weiblichen mit. Die Zusammenfügungen der synthetischen Zusammenfügungen der männlichen und weiblichen Wortform ist m. E. sowohl für die LeserInnen wie für SchreiberInnen zu lästig und wenig ansehnlich.

gegeben. Aber ich will hier ja keine Geschichte der Freiwirtschaft schreiben, sondern nur animieren, darüber nachzudenken, wie arm unsere Gesellschaft sein wird, wenn es sie nicht mehr gibt.

Ich hätte bald vergessen, dass ich am Schluss dieses Abschnittes noch ein paar Zitate von Gesell einfügen wollte. Ich verweise hier nur auf die Möglichkeit der Netzsuche, denn ein Minimum an Aufwand eines möglichen Interessenten darf man erwarten und auf die nachfolgende Titelseite eines Buches aus dem Jahr 2011, dessen Inhalt Werner Onken zusammengestellt hat. Es folgt dann noch der Text von der Rückseite des Buchumschlages.



„Das Geld ist die Grundmauer der Kultur. Diese alles überragende Bedeutung des Geldes sagt uns aber auch, was es bedeuten würde, wenn diese Grundmauer einmal versagte. Alles, was darauf gebaut wurde, stürzt dann wieder in sich zusammen.“ (1920)

„Immer und immer wieder unterbrach die ungelöste Währungsfrage den Aufstieg der Menschheit. Babylon, Athen, Rom gingen an der ungelösten Währungsfrage zugrunde. Und wie das blühende Mesopotamien würde sich auch Europa wieder in eine Wüste verwandeln, falls wir - wie jene Völker - uns als unfähig erweisen sollten, die verborgenen Mängel unserer Währung zu erspähen und zu beseitigen.“ (1924)

„Wenn wir unfähig bleiben, die Aufgabe, die uns gestellt wurde zu lösen, wird die Regierung von links nach rechts und von rechts nach links pendeln. Und jeder Pendelschlag wird nur die Verwirrung,

die Hilf- und Ratlosigkeit vermehren." (1929/30)

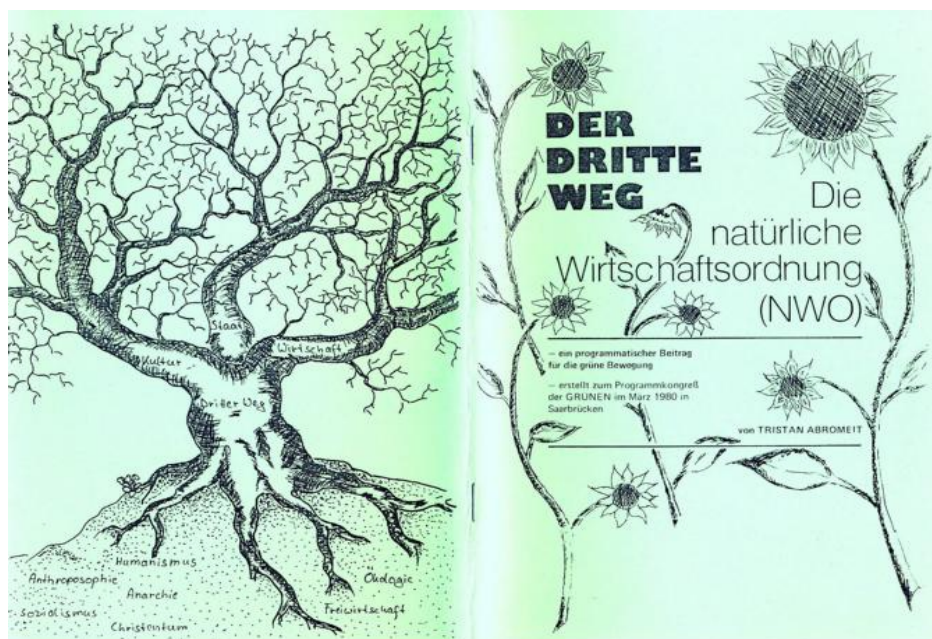
Silvio Gesell (1862-1930) lebte als Kaufmann und Sozialreformer in Deutschland, Argentinien und in der Schweiz. Wirtschaftliche Krisen gaben ihm Anregungen, über Auswege aus Arbeitslosigkeit, Inflation und Deflation sowie aus ungerechten Verhältnissen nachzudenken. Reformen des Geldwesens und des Bodenrechts bildeten den Kern seiner ordnungspolitischen Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum Kommunismus. Sie sollte Freiheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden und dem Bürger- und Völkerfrieden dienen.

Zu seinem 150. Geburtstag am 17. März 2012 erscheint diese Zusammenstellung von Zitaten aus seinen Gesammelten Werken. Sie soll die Wissenschaften und die Zivilgesellschaft anregen zu überprüfen, was eine Weiterentwicklung von Gesells Denkansätzen zur Überwindung der gegenwärtigen Krisen auf den internationalen Finanz-, Immobilien- und Rohstoffmärkten beitragen könnte.

7. Die Anwendung freiwirtschaftlichen Wissens im politischen Alltag

Wer prüfen will, wie sich die Freiwirtschaft auf mein Denken ausgewirkt hat, kann ja auf meiner Internetseite stöbern. Ich empfehle besonders meinen Beitrag zum Programmkongress der GRÜNEN von 1980.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>



Um die Nützlichkeit dieses Wissens unter Beweis zu stellen, kommentiere ich in wenigen Sätzen folgenden Bericht aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung von heute, den 17. 3. 2018.

IWF fordert „Schlechtwetterfonds“ für Euro-Zone

Lagarde will neuer Schuldenkrise zuvorkommen /

Deutschland müsste 11 Milliarden Euro einzahlen

Von Georg Ismar

Berlin. Der Internationale Währungsfonds (IWF) macht sich für einen milliardenschweren „Schlechtwetterfonds“ zur Stabilisierung der Euro-Zone stark. Jedes Euro-Land solle dort pro Jahr 0,35 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts einzahlen, sagte IWF-Chefin Christine Lagarde am Montag in Berlin.

...

... Hilfen bei Arbeitslosigkeit

Aus diesem Grund plädiert der IWF dafür, Euro-Staaten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit Geld aus dem geplanten Fonds zu gewähren. Auf diese Weise könne man die Tiefe und Dauer von Rezessionen um die Hälfte verringern, meint der IWF.

In der Vergangenheit war die Euro-Zone eher schlecht gerüstet für Finanz- und Schuldenkrisen. ...

... Keine Hängematte

Der IWF-Vorschlag für einen neuen Krisenfonds und eine bessere finanz- und steuerpolitische Zusammenarbeit sieht vor, dass der Fonds mit jährlichen Beiträgen von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts finanziert wird, „um Rücklagen in guten Zeiten aufzubauen und Unterstützungstransfers für bestimmte Länder in schlechten Zeiten leisten zu können“.

Damit der Topf nicht zur Hängematte für hoch verschuldete Staaten in guten Zeiten wird, will der IWF Auszahlungen an das vorherige Einhalten von Schuldenregeln koppeln, die am besten gleich mitreformiert werden sollen. Die Regeln seien inzwischen viel zu komplex geworden, meint der IWF.

Auf denm ersten Blick kann man den Eindruck haben, dass hier die IWF-Direktorin Christine Lagarde nach guter Haushälterinart gut für schlechte Zeiten vorsorgt. Bei genauer Hinsicht ist es ein Ansinnen, eine Frechheit, aber vermutlich nicht aus Herrschsucht, sondern aufgrund falscher Anschauungen über die Ursachen der befürchteten Krisen.

Die Überschrift des Handelsblattes für den gleichen Vorgang lautet: > **IWF fordert 100 Milliarden von Deutschland für die Euro-Rettung** < ²³

1. Auch wenn der IWF eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist, kann er nicht einfach fordern, sondern darf anfragen, ob Deutschland (oder anderen Länder) bereit ist, für eine Idee Geld zur Verfügung zu stellen.

²³ <http://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/schlechtwetterfonds-iwf-fordert-100-milliarden-von-deutschland-fuer-die-euro-rettung/21112420.html>

2. Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Verschuldung von Staaten und der Kaufkraftstabilität des Euro. Die Kaufkraftstabilität des Euro ist gewährleistet, wenn die EZB das umlaufende Geld im Gleichgewicht hält mit den Gütern und Leistungen, die im Markt angeboten werden.
3. Arbeitslosigkeit gibt es dann nicht, wenn das Einkommen, das in der Produktion und durch Dienstleistungen erzielt wird, unmittelbar wieder zur Nachfrage wird – entweder durch die Einkommensbezieher oder stellvertretend durch die Kreditnehmer. Deshalb ist es wichtig, dass das Geld fließt und zwar auch für die Notenbank, damit diese für die Stabilität des Preisniveaus die richtige Geldmenge bestimmen kann. Die von der Freiwirtschaftsschule betont vorgetragene Umlaufsicherung des Geldes ist kein Tick, sondern eine Notwendigkeit. Die von der EZB angestrebte 2 % Inflation ist unzureichend und hat die Nebenwirkung der Geldentwertung.
4. Das Geld, was der IWF zusätzlich von den nationalen Haushalten haben will, mindert a) die wirtschaftliche Selbstbestimmung der Bürger und fehlt b) als Nachfrage in den Binnenmärkten und zwar solange, bis über die Kreditvergabe an die notleidende Staaten und der Weiterleitung an die betroffenen Institutionen wieder Nachfrage in den Geberländern entstehen kann.
5. Einem Schuldner, der überschuldet ist, Kredite zu geben, ist nur dann eine Hilfe, wenn damit eine Liquiditätslücke überbrückt werden kann, sonst erhöht es nur seine Verbindlichkeiten und macht ihm zum Spielball der Gläubiger.
6. Der IWF ist nicht dafür da, Gläubiger aus reichen Ländern zu Lasten aller Steuerzahler vor Kreditausfällen zu schützen.
7. Der Konkurs eines Staates kann für einzelne Gläubiger durchaus tragisch sein, ist es aber nicht für den betreffenden Staat und nicht bei einer korrekten Führung der Notenbank für eine National- oder Gemeinschaftswährung.
8. Die Kreditunwürdigkeit eines Staates durch einen Konkurs ist ein guter Erzieher der betreffenden Regierung und des betreffenden Parlamentes. Sie müssen dann mit dem auskommen, was ihr Land an Steuerlast tragen kann.
10. Das der IWF einem kreditsuchenden Staat Auflagen diktieren kann, ist eine Entwertung von demokratischen Institutionen. Dem IWF sollten weitere Einlagen (Kredite) verweigert werden, damit seine Machtbefugnisse nicht weiter gestärkt werden. Die Direktoren des IWF und der betroffenen nationalen und europäischen Institutionen sollten endlich ihre Hausaufgaben machen. Die Androhung ihrer Bezüge um 8/10 bei Nichterfüllung sollte für eine Be-

schleunigung sorgen. Sie werden dann noch immer über das 10fache der Hartz IV-Sätze liegen.

Ein anderes Beispiel

In diesen Tagen wird **Hartz IV-Einkommen und das Grundeinkommen** verstärkt diskutiert. Es war auch Thema der Sendung von *Hart aber fair* ²⁴ mit Frank Plasberg am 26. März 2018. Und heute (28. 3. 18) wird das Thema in der HAZ von Rasmus Buchsteiner abgehandelt. Der Titel und die Schlagzeile: „Grundeinkommen statt Hartz IV? / Die SPD ringt einmal mehr um Korrekturen an den Arbeitsmarktreformen von Gerhard Schröder“. Bei dem Grundeinkommen sind wir inzwischen bei drei Formen angelangt. Da ist das bedingungslose Grundeinkommen, das auf Ressourcenabgaben basierte Grundeinkommen und neuerdings das solidarische Grundeinkommen. Für das letztere war in der Sendung *Hart aber fair* der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD) als Gast Fürsprecher und der Gast Prof. Hans-Werner Sinn (Ex-Leiter des Ifo-Instituts) sah darin einen Sinn.

In dem Bericht von Rasmus Buchsteiner (HAZ) ist zu lesen:

Die Kommunen stellen sich gegen die Reformidee. „Ein Hartz-IV-Empfänger, der für eine gesellschaftliche Tätigkeit in Vollzeit ein solidarisches Grundeinkommen erhalten würde, ist auch in der Lage, einer geregelten Tätigkeit nachzugehen“, sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dem RND. „Wer wiederum aufgrund von Alter oder Gesundheitsproblemen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht, kann auch keiner gesellschaftlichen Tätigkeit in Vollzeit nachgehen. Der Vorschlag eines solidarischen Grundeinkommens für erwerbslose Hartz-IV-Empfänger kann demnach kaum zu einer Lösung des Problems beitragen.“

Ich habe überlegt, was ich dazu aus freiwirtschaftlicher Sicht zu sagen habe. Dabei urteile ich selten aus rein theoretischer Sicht, sondern greife auch auf eigene Erfahrungen zurück. In diesem Fall sind es Armut und Arbeitslosigkeit. Um meine Überlegungen zeitlich besser einordnen zu können, habe ich erst mal geschaut, wann die Gesetze zu Hartz- IV eingeführt wurden. Die Jahrhundert-Gesetzes-Werke ereignen sich bei uns ja alle naselang.

Eine Auskunft lautet:

Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden im Jahr 2005 (im Rahmen der sogenannten „Hartz-Gesetze“) für erwerbsfähige Leistungsberechtigte zu einer neuen Leistung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, zusammengeführt. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist im Sozialgesetzbuch Zweites

24 <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/index.html>

Buch (SGB II) geregelt und umfasst im wesentlichen Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, zur Sicherung des Lebensunterhaltes und für Bildung und Teilhabe.

Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind die Bundesagentur für Arbeit sowie die Stadt- und Landkreise.

<https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/arbeit/arbeitsmarktpolitik/grundsicherung-fuer-arbeitsuchende-sgb-ii-hartz-iv/>

Auf meiner Internetseite findet sich als erster Text der Titel:

> ARBEITSLOSIGKEIT - URSACHEN - WIRKUNGEN – LÖSUNGEN
und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung

Ein ordnungspolitischer Beitrag < vom Ende des Jahres 1977

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf>

Im dritten Teil, ab der Textziffer 116, heißt es:

TZ 116

Mein Thema werde ich auf diesen Blättern mit einer Skizze über die Neuordnung der Arbeitslosenversicherung abschließen. Ich gehe dabei davon aus, daß Massenarbeitslosigkeit keine unvermeidbare Naturerscheinung ist; sie ist auch keine Nebenerscheinung der Marktwirtschaft, sondern sie ist ursächlich verknüpft mit dem Kapitalismus, der nicht im Eigentum (ausgenommen Bodeneigentum) wurzelt, sondern in unserer Geldverfassung.

TZ 117

Die Massenarbeitslosigkeit zu beheben und künftig mit dem Instrumentarium der Freiwirtschaftsschule zu vermeiden, bewirkt gleichzeitig den sanften Tod des Kapitalismus. Dies mag u.a. erklären, daß Vertreter dieser Schule auch noch in der vierten Generation nach der Entdeckung der Konstruktionsfehler im Geldwesen durch Jean Silvio Gesell fragen müssen, wie sie ihr Wissen auf die Ebene politischer Entscheidungen heben können. Im zentralen Angriff auf den Kapitalismus jeglicher Prägung kann aber nur eine Quelle des Widerstandes gegen die Anwendung freiwirtschaftlicher Konjunkturpolitik vermutet werden.

TZ 118

Die zweite Quelle des Widerstandes ist nur erkenntnistheoretisch zu erklären. Es ist einfach ein Faktum, daß trotz des Bemühens um exakte Denkweise und des Versuches, naturwissenschaftliche Methoden der jeweiligen Personen und Gruppen im sozialwissenschaftlichen Bereich anzuwenden, für die selben Vorgänge unterschiedliche Erklärungen gefunden werden. Nun ist es wohl so, daß der Erkenntnistrieb der Forscher in einem bestimmten Zeitabschnitt begrenzt ist. Irgendwann werden Widersprüche einfach zudeckt. Erklärungen werden durch herrschende Lehrmeinungen (die Glaubenssätze sein können oder unbewußt die Wirklichkeit widerspiegeln) ersetzt. Wissenschaftler, die abweichende Lehrmeinungen vertreten, werden

als Außenseiter oder Sektierer abgestempelt. Probleme lassen sich so selbstverständlich nicht lösen, höchstens vermehren.

Wenn die Fakten nicht mit der herrschenden Lehrmeinung übereinstimmen und die betreffenden Probleme genügend Druck verursachen, kommt wieder Bewegung in die Wissenschaft und Politik. Neues Suchen, neues Festlegen folgt.²⁵

Ein mühsames Herantasten an die Wirklichkeit. Für jene Forscher und Politiker, die schneller an die Wirklichkeit herangekommen sind, sich aber nicht durchsetzen konnten, ist das ein geistig qualvoller Vorgang.

TZ 119

Der dritte Grund des Widerstandes gegen freiwirtschaftliche Konjunkturpolitik ist sicher im Opportunismus des Menschen zu suchen. Der Opportunismus ist in der Mehrzahl der Zeitgenossen stärker ausgebildet als der Pioniergeist. Eine Sache wird in Gremien erst dann unterstützt, wenn sicher ist, daß die Mehrheit dahinter steht.

TZ 120

Da das große Risiko der Massenarbeitslosigkeit aufgrund von Unterlassung gesetzgeberischer Maßnahmen und deren Durchführung nur durch Organe unseres Staates verursacht werden kann, hat der Staat den Schaden des einzelnen Betroffenen (über die Steuerumlage) voll zu zahlen. Wir brauchen also hierfür keine Arbeitslosenversicherung. Das Bundessozialhilfegesetz könnte entsprechend ausgebaut werden.

TZ 121

Damit alle drei Ebenen unseres föderalen Staates entsprechend ihres Einflusses oder ihrer Nähe zu den Regionen der Massenarbeitslosigkeit genügend bestrebt sind, diese zu beseitigen, sollte die Finanzierung dieser neuen Arbeitslosenhilfe in folgenden Anteilen aufgebracht werden: 3/6 vom Bund, 2/6 von den Ländern, 1/6 von den Kommunen.

TZ 122

Da nicht auszumachen ist, ob im Einzelfall die Arbeitslosigkeit durch die Konjunkturpolitik oder durch Ursachen, die in der jeweiligen Person des Arbeitnehmers zu suchen sind, bewirkt wurde, kann die Arbeitslosenhilfe sich nur am Existenzminimum orientieren. Die Kommune sollte das Recht erhalten, Arbeitslose, die Arbeitslosenhilfe bekommen, jederzeit für kommunale Arbeiten - sofern dadurch nicht gewerblichen Unternehmen die Existenzgrundlage entzogen wird - einzusetzen. Der Leistungsanreiz sollte auch hier noch gegeben werden durch Zulagen bei entsprechendem Leistungseinsatz der Arbeitslosen.

TZ 123

Das kleine Risiko der Arbeitslosigkeit z. B. hervorgerufen durch Wandlungen

²⁵ Peter H. Hofstätter beschreibt in "Gruppendynamik" (rororo Nr. 58) das Suchen und Festlegen als Gruppenleistung.

im Markt (Aussterben von Berufen) oder fehlende Nachfrage der angebotenen Fähigkeit, z.B. im Falle des Umzuges der Familie an einen neuen Wohnort, ist nach versicherungskaufmännischen Kriterien kalkulierbar und daher versicherbar. Wir brauchen dafür keine Bundesanstalt für Arbeit.

124

Damit der Arbeitnehmer (als Ratsuchender und Arbeitsloser) aber aus der staatlichen Bevormundung herauskommt und damit der oft moralisierenden Kritik gesellschaftlicher Gruppen der Boden entzogen und der Arbeitnehmer gegen Benachteiligungen geschützt wird, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Die Bundesanstalt für Arbeit verliert das Monopol für:
 - a) Arbeitslosenversicherung
 - b) Arbeitsvermittlung
 - c) Berufsberatung
2. Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wird entsprechend dem Risiko bemessen:
 - a) nach der Höhe des Arbeitslosengeldes
 - b) nach dem Zeitpunkt des Einsetzens des Arbeitslosengeldes
 - c) nach der Dauer der Leistung
nach der Vermittlungsebene (gleiche, gleichwertige, "minderwertige" Tätigkeit)
 - e) nach Vereinbarungen über Beitragsrückerstattungen in Fällen, wo eine Arbeitslosigkeit (Versicherungsfall) in bestimmten Zeitabschnitten nicht eintritt.
3. Umschulungen und Berufsfortbildungsmaßnahmen werden nur auf Darlehnsbasis finanziert. (Rehabilitationsansprüche gegen andere Versicherungen sind hiervon nicht betroffen).
4. Der halbe, vom Arbeitgeber zu tragende Beitrag zur Arbeitslosenversicherung – für die Unternehmen genauso Lohnkosten wie das Gehalt -, sollte um der Klarheit willen voll als Arbeitnehmerbeitrag ausgewiesen werden. Abgesichert muß dabei nur werden, daß die Lohnsteuer durch diese Maßnahme nicht steigt. Diese richtige Zurechnung der Versicherungskosten entzieht auch den Arbeitgebern die Grundlage für eine Einflußnahme auf die Arbeitslosenversicherung.
5. Arbeitslosenversicherungen und Beratungs- und Vermittlungsdienste können als neue Aufgaben (im Wettbewerb mit anderen Institutionen) von unseren Gewerkschaften betrieben werden.
6. Die Beratung für Abgänger aus den Schulen und Hochschulen, die ja noch keine Beiträge gezahlt haben, werden durch die Haushalte der Kultusminister finanziert. Die Schulabgänger erhalten Schecks, mit denen sie Berater ihrer Wahl aufsuchen und bezahlen können. Es ist aber auch möglich, daß diese Beratung aus werblichen Gründen als Vorausleistung gebracht wird, wenn verschiedene Anbieter miteinander konkurrieren.

Wie ich dieses Thema in meinem programmatischen Beitrag 1980 für DIE GRÜNEN gefasst habe, ist in dem Text 2.0 zu lesen.

(<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>)

Hinzuweisen ist im Zusammenhang mit den Sozialleistungen noch, dass die Sozialleistungen des Staates netto viel geringer sind, als er Brutto zahlt, denn die Mehrwertsteuer zu 7 oder 19 Prozent kassiert er gleich wieder ein. Und die Sozialleistungen sind auch eine Quelle des Kapitalertrages. Wahrscheinlich ist zu 99 % der Bürgern nicht bewusst, dass im Durchschnitt 30 bis 40% ²⁶ der Kostenanteile in den Preisen Zinskosten sind. Wenn die Steuerlast und die Zinskosten wegfallen würden, könnten die Hartz IV-Sätze gut reichen. Ich wollte mich jetzt vergewissern, ob es außer den Sätzen von 7 und 19 % noch weitere gibt. Ich stieß dabei auf den Beitrag „Wann gibt’s sieben, wann 19 Prozent?“ Auch hier wird sichtbar, wo die Grabgräber der Sozialen Marktwirtschaft am Wirken waren und sind.

https://www.focus.de/finanzen/steuern/mehrwertsteuer/tid-18933/mehrwertsteuer-wann-gibts-sieben-wann-19-prozent_aid_526918.html

Zu dem **Solidarischen Grundeinkommen** teile ich die weiter oben zitierten Bendenken:

Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dem RND. „Wer wiederum aufgrund von Alter oder Gesundheitsproblemen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht, kann auch keiner gesellschaftlichen Tätigkeit in Vollzeit nachgehen. (etwa Seite 37)

Es ist besser, die Hemmnisse, die reguläre Arbeitsplätze verhindern, auszuräumen, als neue Formen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu kreieren. Es ist auch davor zu warnen, die Steuerschraube noch mehr anzuziehen, um solche gemeinnützigen Arbeiten zu finanzieren. Aber grundsätzlich sollte von denen, die arbeitsfähig sind, auch eine Gegenleistung abverlangt werden können. Diese Gegenleistung muss aber einen Sinn für alle Beteiligten ergeben. Ich habe einen jahrzehntealten Bericht in Erinnerung. Es wurde berichtet, wie in einem südamerikanischen Staat Arbeitslose damit beschäftigt wurden, einen Sandhaufen hin und her zu schaufeln. Nichts kann einen Menschen so herabwürdigen, wie eine sinnlose Arbeit verrichten zu müssen.

Gegen das **Bedingungslose Grundeinkommen** (BGE) bin ich strickt dagegen, weil es die sozialökonomischen Probleme nicht löst, sondern verschärft. Für das BGE lässt sich unter den gegebenen Bedingungen das Kapitaleinkommen nicht in der erforderlichen Größenordnung anzapfen, weil er einen Investitionsstreik auslösen würde. Der Beschäftigungseinbruch müsste wieder mit Steuern aus dem Arbeitseinkommen behoben werden. Das BGE muss da-

26 Je nach Kapitalstock in einer Wirtschaft. Ich empfehle nochmals, sich hier schlau zu machen:

www.helmut-creutz.de

her voll aus dem Arbeitseinkommen finanziert werden. Die weitere Folge ist, dass sich neben dem Kapital und dem heutigen Staat noch ein dritter Ausbeuter der Arbeit etabliert. Außerdem tritt durch die Auflösung des Zusammenhanges zwischen Leistung und Ertrag ein weiterer Zerstörer des Preises als zentrales Instrument der marktwirtschaftlichen Lenkung in Kraft. Und es ist eine Illusion, dass alle Menschen, die für die Gesellschaft notwendige Arbeit freiwillig ohne die Notwendigkeit, für die eigne Lebenshaltung sorgen zu müssen, leisten würden. Fast jeder könnte eine Begründung präsentieren, warum er gerade Wichtigeres zu tun hätte oder weil er gerade jetzt nicht dazu in der Lage wäre. Auch der Hinweis, dass ja der Angesprochene eine Zusatzprämie als Anreiz bekommen könnte, übersieht, dass für ein Grundeinkommen denen der Arbeitsertrag gekürzt werden muss, die die Verteilungsmittel erarbeiten. Dann kommt noch der Hinweis, dass die arbeitenden Menschen doch auch das BEG erhalten würden. Frage: Zahlt das der liebe Gott?

Natürlich gibt es auch zahlreiche Menschen, die sich unentgeltlich krumm machen für Aufgaben, die nicht der privaten Bereicherung oder dem privaten Wohlergehen dienen. Aber wenn das geschieht, dann steht dahinter eine Idee oder ein Anliegen, das die Opferbereitschaft oder die Lust auf die Tat auslöst. Diese Ideen oder Anliegen lassen sich aber nicht planmäßig so streuen, dass jeder zu der Arbeit oder der Aufgabe kommt, zu die er Lust hat oder die ihn opferwillig macht oder zur guten Tat antreibt. Die Folge wird sein, dass zum moralischen Druck gegriffen wird, damit das Notwendige erledigt wird.

Ein anderer Punkt ist zu bedenken: Im Zusammenhang mit den Leistungen für Asylbewerber habe ich gelesen, dass die Bundesregierung sich verpflichtet hat, diesen die gleichen Leistungen zukommen zu lassen, wie den Einheimischen. Ich weiß nicht, ob es stimmt. Aber grundsätzlich kann man sagen, je mehr Leistungen nicht direkt aus dem individuellen Arbeitseinkommen bezahlt werden, sondern aus staatlichen Zuwendungen, die aus Zwangsabgaben finanziert werden, um so weniger können wir uns offene Grenzen erlauben, solange die Welt so im ökonomischen Ungleichgewicht ist, wie sie es ist. Das Einkommen ohne Arbeit ist ein Magnet, das so stark ist, wie der magnetische Nordpol.

Jetzt zu dem **ressourcenbasierten Grundeinkommen**: Dieses Grundeinkommen ist bedingungslos und auch nicht an einem Minimum an Lebenshaltungskosten orientiert, sondern ist genau genommen ein Ausgleichseinkommen für die unterschiedliche Nutzung der Ressourcen und basiert auf der Vorstellung, dass alle Menschen den gleichen Anspruch auf die Nut-

zung der Erde haben. Die Idee, die da hinter steht, ist, dass die Bodenrente ein wesentlicher Faktor für die Ungleichverteilung der Einkommen ist und eine Ursache der Eigentumskonzentration. Die Bodenrente entsteht, weil der Boden nicht beliebig vermehrt werden kann und jede Parzelle in seiner Lage ein Monopol bildet. Es ist aber unmöglich, dass jeder Mensch im gleichen Umfang und in gleicher Qualität den Boden nutzt. Wenn nun die Bodenrente abgeschöpft wird und pro Kopf verteilt wird, hat jeder Mensch ökonomisch gesehen den gleichen Nutzen. Begnügt sich ein Mensch mit einem Stück Land, welches eine geringe Bodenrente abwirft, dann hat er bei der Rückverteilung der Bodenrente wahrscheinlich einen Überschuss. Derjenige, der Land nutzt, das eine hohe Bodenrente abwirft, kann dann die zu zahlende Bodenrente nicht mit der Rückverteilung bezahlen. Der Mieter, der keine Bodenrente zahlt, kann seine Quote der Rückverteilung z. B. zur Zahlung der Miete nutzen.

Meines Wissen hat Silvio Gesell als erster diesen Gedanken entwickelt und dann so umformuliert, dass die Bodenrente in eine Mütterrente gewandelt werden sollte. Seine Begründung ist, dass die Mütter mit der Geburt der Kinder ja erst dafür sorgen, dass es überhaupt eine Bodenrente (auch Grundrente genannt) gibt. Er dachte aber nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftspolitisch. Er wollte die Frauen aus der finanziellen Abhängigkeit von den Männern befreien. Und der Staat sollte sich ganz aus ihrem Liebesleben heraus halten. Ihm ging es nicht darum, die Frauen zu Gebärmachinen, wie ich schon von Kritikern gehört habe, sondern zu ihrer Emanzipation beitragen. Wera Wendnagel vermerkt in ihrem Buch „Marianes Vermächtnis oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte“, dass Gesell wohl eine idealistische Vorstellung von Frauen gehabt hätte. Ich denke, die Verteilung nach Köpfen ist gerechter, weil die Mütter für ihre Kinder die gleiche Quote wie Erwachsene erhalten könnten.

Dieses Modell ist vom Ansatz her richtig. Es erfordert vor seiner Realisierung – die wohl erst nur in einem Staat erfolgen kann, wenn man nicht auf ein Modell der Bodengenossenschaft ausweichen will – noch eine Menge Denkarbeit. Damit ist schon ein Stichwort für einen Hinweis gegeben. Das Bodenrecht – das betrifft nicht nur die Oberfläche, sondern alles, was die Natur dem Menschen zur Nutzung zu Verfügung stellt – berührt alle Politikbereiche, ohne Mutter Erde gäbe es keine Menschen. Man sollte daher vermuten, dass das Thema Bodenrecht eine vorrangige Priorität in der Politik, in den Wirtschaftswissenschaften, in den Gesellschaftswissenschaften und in den juristischen Fakultäten der Hochschulen hat. Man wird aber lange suchen müssen nach dem Stichwort „Bodenrecht“ in den Listen der Politiker

für dringende Aufgaben oder in den Vorlesungsverzeichnissen. In der SPD waren ja noch lange Spuren der Bodenreformbewegung vom Beginn des vorigen Jahrhunderts zu spüren. Hans-Jochen Vogel ist das bodenreformerische Leuchtfeuer am einsamen Politik-Strand. In der Süddeutschen Zeitung vom 11. Nov. 2017 ist zu lesen:

Hans-Jochen Vogel fordert den neuen Bundestag auf, endlich gegen Bodenspekulation und damit gegen die dramatische Steigerung von Baulandpreisen und Mietkosten vorzugehen. "Ich tue das aus Sorge, dass wir die Dinge weiter treiben lassen und damit die soziale Kluft in unserem Lande noch weiter verbreitern", schreibt der frühere Münchner Oberbürgermeister in einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung*.

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/wohnen-steigende-baulandpreise-sind-genauso-ein-problem-wie-der-klimawandel-1.3745258>

Aber die SPD bringt doch schon lange zum Ausdruck, wir brauchen kein Leuchtfeuer mehr. Wir haben GPS und das zeigt uns den Weg zur Macht, ohne in Kollision mit dem unangenehmen Thema zu kommen. Weil der Karren *Bodenrecht* im politischen Morast sich nicht bewegen lies, war Karl Walker – ein theoretischer Kopf der Freiwirtschaftsschule und nebenbei auch Mitglied der SPD – zu dem Schluss gekommen, dass das Problem privatrechtlich mit einer Bodengenossenschaft angegangen werden müsste. Der Schweizer Giulio Ribe hat dazu Statuten ausgearbeitet. Ich habe am 21. 3. 1978 den verstorbenen Professor Dr. Peter von Oertzen MdL - ein herausragender SPD-Politiker - angeschrieben und auf eine Versammlung in Neustadt a. Rbge. angesprochen, um herauszufinden, was er von dem Modell hält und ob die SPD es unterstützen würde. Er schrieb mir am 28. 4. 1978 u.a.:

... daß ich gerne bereit bin, Ihre Überlegungen sorgfältig zu prüfen oder prüfen zu lassen. Aber in der augenblicklichen Wahlkampfsituation sehe ich dazu keine Möglichkeit, zu mal auch die wenigen sachkundigen Parteifreunde, gerade wegen ihrer Sachkunde, in die Wahlarbeit voll eingespannt sind.

Am 26. 6. 78 schrieb er mir:

... Die Grundidee hat etwas Faszinierendes, aber ich vermag ihre Voraussetzungen und möglichen Konsequenzen nicht zu übersehen. Aus diesem Grunde habe ich heute die mir damals übersandten Unterlagen in Kopie unserem Oppositionsführer Herrn Ravens übersandt, der ja in Sachen Bodenrecht ein Fachmann ist und darüber hinaus die Möglichkeit hat, Fachleute in unserer Partei mit dieser Angelegenheit zu befassen. ... Das Dilemma unserer gegenwärtigen Bodenrechtsordnung verfolgt mich schon seit langem; ...

und dann versandete die Angelegenheit im Politikbetrieb.²⁷ Über Jahrzehnte wurde das Bodenrecht von der Politik und von der Wissenschaft verdrängt und die wenigen, die das Wort Bodenrecht – trotz der Gefahr als Kommunist abgestempelt zu werden – als Thema

²⁷ Von der Idee der Bodengenossenschaft ist hier mehr zu erfahren:

Allgemein hier: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/wohnen-steigende-baulandpreise-sind-genauso-ein-problem-wie-der-klimawandel-1.3745258> und speziell hier:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/20.4%20Die%20Landlosen%20Bodengenossenschaft.pdf>

hochgehalten haben, waren die Freiwirte.

Als ich das Thema 1961 für mich entdeckte, wurde ein HKR Müller – von Beruf Grundstücksgutachter (?) - aus Braunschweig oft als Spezialist benannt. Dann hat der Jurist und Unternehmer Fritz Andres die Fahne der Bodenreformer lange hochgehalten. Und seit einigen Jahren hat sich in der Freiwirtschaft Prof. Dr. Dirk Löhr zum Spezialisten für Bodenrecht und andere ökonomische Renten entwickelt. Er verknüpft seine Überlegungen aber mehr mit dem Bodenreformer Henry George und weniger mit Silvio Gesell und von daher verknüpft er die Bodenrente auch mehr mit der Single Tax, wie sie George empfohlen hat, das heißt die Bodenrente wird als alleinige Steuer für den Staat eingesetzt, so dass alle anderen Steuern wegfallen. Siehe:

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft245/george.htm>

Obwohl fast in jeder Zeitung Berichte einen Bezug zum Bodenrecht zulassen, waren die Redaktionen bisher nicht in der Lage, das größere Problem dahinter zu erkennen. Durch die Initiative zur Bodenwertsteuer und Löhrs Wirken scheint sich das zu ändern. Aber es ist noch kein Grund zum Frohlocken. Henry George hat in der ganzen Welt eine große Anhängerschaft und hohe Auflagen für seine Bücher gehabt. Und trotzdem waren die verharrenden Kräfte, die von der Bodenrente einen Nutzen haben, stärker. Es folgen ein paar Links, die zu Beiträgen führen, mit denen man sich schlau machen kann.

<http://www.grundsteuerreform.net/hintergrund/#.WrwjUX8uAcc>

<https://www.inwo.de/medienkommentare/im-handelsblatt-eine-bodenwertsteuer-haette-viele-vorteile/>

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/bodenwertsteuer-statt-grundsteuer-100.html>

<http://globalchangenow.de/okonomische-rente-und-ressourcenbasiertes-grundeinkommen/>

<https://bodenwertsteuer.org/2014/01/23/ressourcenbasiertes-grundeinkommen-oder-single-tax/>

Einen „interessanter Beitrag aus dem Deutschlandfunk zum Thema Bodenwende, erschienen am 27.3. und als Podcast hörbar:“ gibt es hier:

<https://bodenwertsteuer.org/2018/03/28/bodenwende-jetzt/> Dort ist zu lesen:

Dirk Löhr ist Ökonom und Bodenrebell und kämpft dafür, dass Grundsätze wie dieser wieder Gehör finden. Der Forscher von der Universität Trier hat sich auf Steuerfragen und nachhaltige Wirtschaftskonzepte spezialisiert. Mit großer Distanz zum Trubel der Ballungsräume arbeitet er am Umweltcampus Birkenfeld, einem verträumten Fleckchen in Rheinland-Pfalz inmitten der Wälder von Hunsrück und Nahe.

"Wir sind die Spitzenreiter in punkto Vermögensungleichverteilung innerhalb der OECD. Wer bildet dieses Vermögen: Dieses Vermögen wird vor allen Dingen von den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung gebildet. Das ist jetzt keine bolschewistische Statistik, sondern das Pamphlet der Deutschen Bundesbank. Das wurde im Jahr 2016 veröffentlicht. In den Monatsberichten. Und dieses Vermögen wird zum größten Teil von den Reichsten in Form von Immobilienvermögen gebildet. Wenn man davon ausgeht, dass die reichsten zehn Prozent das Immobilienvermögen nicht an den schlechtesten Standorten gebildet haben, und ich glaube, diese Prämisse ist vernünftig, dann bedeutet das: ein erheblicher Anteil dabei ist Bodenwert. Lage, Lage, Lage."

8. Wie können wir prüfen, ob unsere Gedanken oder die der anderen richtig sind?

Die Frage nach der sachlichen Wahrheit, nach ihrer Richtigkeit drängt sich einfach für jene Menschen auf, die nicht einfach bezahlte oder unbezahlte Propaganda für oder gegen etwas machen wollen. Die Antwort auf die Frage zu finden, ist nicht leicht, denn es kann ja nicht darum gehen, alle Wissenschaften zu studieren und zu referieren, die sich am Rande oder zentral mit der Theorie und Praxis der Erkenntnisaneignung beschäftigen. Sich der Richtigkeit der eigenen Aussage gewiss zu sein, ist nur ein Notbehelf, weil – wie ich schon ähnlich an anderer Stelle formulierte – die Gewissheit nur eine Erholungsinsel des Erkenntnistriebes sein kann. Es kommt wesentlich darauf an, dass das Gespräch mit anderen Menschen gesucht wird, dass man Zwiesprache mit jenen hält, die uns auf Tonträger oder in Druckwerken ihre Gedanken zum Gegenstand der eigenen Untersuchung oder Klärung hinterlassen haben. Im Wesentlichen kommt es auf die Informations- und Meinungsfreiheit an. Diese Freiheiten sind nicht erst dann gefährdet, wenn es eine offizielle Zensur gibt, sondern schon dann, wenn es im Markt der Ideen Kartelle, Monopole und Ausschlüsse gibt. So betrachtet, kann unserer Gesellschaft kein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Uns wird zwar die Narrenfreiheit gewährt, aber die kann man auch als die raffiniertere Form der Meinungsunterdrückung als die in der untergegangenen DDR verstehen. Und es sind ja auch schon Stimmen mit Exekutivgewalt zu hören, die da meinen, die Narrenfreiheit würde doch gewährt, damit sich das Volk auskotzen könne. Aber durch das Internet würde dieses Recht zur Beeinträchtigung der Regierenden, man müsse also „regulierend“ eingreifen.

Eine Gesellschaft, die z. B. glaubt, dass das Zeigen von Symbolen, die durch ihre Vergangenheit belastet sind, zu verbieten ist, schützt sich durch diesen Ausschluss von Meinungs-

freiheit nicht, sondern zeigt an, dass diese Gesellschaft nicht den Freiheitsgrad erreicht hat, der sich selber dadurch schützt, dass ihre Bürger auf keinem Fall ihre Gesellschaftsordnung gegen eine andere eintauschen wollen. Solche Verbote sind nur so lange erforderlich, wie eine Gesellschaft noch eine Klassengesellschaft ist, in der Privilegierte um ihre Privilegien fürchten müssen. Die Privilegien können auch die Herrschaft stützenden Schlagworte sein, wie die von der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“, die bei Licht betrachtet eine Ideologie ist.

Die Meinungsfreiheit zeichnet sich – wenn sie ihre wahrheitsfördernde Wirkung entfalten soll – durch das genügende Vorhandensein von widerborstigen unfrisierten Gedanken aus. Aber machen wir uns doch nichts vor, unter dem Mantel für das Wohl der Gesellschaft zu sorgen, besteht doch in unseren politischen Parteien ein Wettbewerb, um die beste Methode schon im Kindesalter die Gedanken der Bürger in ihrem Sinne zu frisieren. Es ist ein Kampf um die Bestimmung der gedanklichen Inhalte der Köpfe der Bürger. Ich habe es an anderer Stelle den heimlichen Faschismus unserer demokratischen Parteien genannt. In der HAZ wird am 29. März vermeldet, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Schulpflicht ab 3 Jahren einführen will und bei uns überlegt man, ob das auch gut für Deutschland ist. Das Urteil der Eltern ist nicht gefragt, sondern das der Politiker und Bürokraten in den Ministerien.

Im Grundgesetz mit abgelaufenen Verfallsdatum steht im Artikel 21 (1) „Die Parteien wirken bei der Willensbildung des Volkes mit.“ Aus diesem Mitwirkungsrecht haben die Parteien ein Monopol gemacht. Dafür, dass ihnen das gelungen ist, haben sie dann anschließend den Bürgern dann die Kosten der Parteien aufs Auge gedrückt und somit sichergestellt, dass ihnen die materielle Basis für die eigene Meinungsäußerung eingeschränkt wurde. Aber dadurch, dass die Regierung durch das Parlament gewählt wird und nicht durch das Volk, wird die politische Meinungsbildung noch weiter eingeschränkt, weil die Mehrheit des Parlamentes ja dann die Regierung stützen muss und nicht mehr das sagen kann, was eigentlich notwendig wäre. Wenn man dann noch die Fraktionsbildung betrachtet, die eine Kartellbildung ist und im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, dann sind Assoziationen mit der Volkskammer der DDR fast unvermeidbar.

Auch im Hochschulbereich ist nichts von einem unerbittlichen Wettbewerb um die Wahrheit

des Wortes zu spüren. Und wenn die Wirtschaftswissenschaften wirklich Wissenschaften wären, dann müsste sich das doch in der Lösung gesellschaftlicher Probleme zeigen. Andere Gesellschaftswissenschaften zeichnen sich doch nicht dadurch aus, dass sie die Schlüssigkeit und Anwendbarkeit der Modelle überprüfen, sondern – so meine Vermutung – Fördergelder bei staatlichen und privaten Geldgebern akquirieren dadurch, dass sie jenen, die Geld locker machen sollen, sagen, dass mit ihren neuen Erkenntnissen die Bürger besser manipuliert und damit geführt werden können.

Sind die Medien wenigstens Förderer der Wahrheitsfindung? Ich denke in beschränktem Maße schon – sonst würde ich ja nicht so viele Zitate und Ausrisse verwenden -, aber ihre Vertreter reagieren auf den Vorwurf, der in dem Wort *Lügenpresse* steckt, nur deshalb gekränkt, weil sie die Einseitigkeit und Konformität der Meldungen und Meinungen gar nicht wahrnehmen, aufgrund ihrer Bildungsgänge, ihrer Selektion und der gruppenspezifischen Prozesse im Medienverbund gar nicht wahrnehmen können. Nach meiner Einschätzung haben wir es bei den Medien weniger mit der Lügenpresse zu tun als viel mehr mit Meinungsparteien, die ihre Aufgabe nicht nur darin sehen, den Lesern und Hörern eine Hilfe bei der Meinungsbildung zu geben, sondern ihnen gleich die richtige Meinung zu vermitteln.

Bei der Überlegung, ob denn die Kirchen, die Gewerkschaft und Unternehmerverbände wenigstens die unbedenklichen Förderer der Wahrheit des Wortes im Sinne von Gemeinwohl fördernd sind oder sein können, komme ich zum Schluss, dass das nicht der Fall ist. Das liegt zum einen daran, dass die Interessen ihrer Mitglieder, die sie angeben zu vertreten, widersprüchlich sind und zum anderen daran, dass sie die eigene Förderung durch die Politik – so wie sie ist – nicht gefährden wollen.

Die Institutionen der Erwachsenenbildung – durch die ich persönlich viel Gutes erfahren habe – dürfen auch nicht unerwähnt bleiben, weil es unter den Institutionen keinen fairen, chancengleichen Wettbewerb gibt und die Institutionen, die einmal in der staatlichen Förderung drin sind, wie Erbhöfe behandelt werden. Bei dieser Förderung haben neue Institutionen keine oder nur geringe Chancen. Besonders kritisch muss man die Stiftungen der Parteien sehen, soweit sie aus Steuermitteln finanziert werden.

Unter den Verwaltern großer Vermögensanhäufungen mag es einzelne geben, die sich ehrlich-

chen Herzens für die Stärkung des Lichtes der Wahrheit in den Worten zur Gesellschaftsgestaltung und -zukunft einsetzen. Die Mehrheit dieser Menschengruppe vermag das vermutlich nicht, denn sie wird sich verpflichtet fühlen, das zu verteidigen, was die verwalteten Vermögen groß gemacht hat. Hier besteht die Gefahr, dass durch Zuwendungen aus öffentlichen Kassen, die Parteienfinanzierung ausgeweitet wird.

Die Suche nach den für alle Mitglieder unserer Gesellschaft wichtigen und richtigen Wahrheiten muss wohl von denen geleistet werden, die zwischen allen bekannten Stühlen sitzen und von den Rebellen, die in allen Institutionen zu finden sind, erst vielleicht in separaten stillen Kammern, dann aber auf offener Bühne im Wettbewerb mit konkurrierenden Ideen.

9. Schlussbetrachtungen und Folgerungen

Es geht mit mir nicht darum, mit diesem Text unsere Gesellschaft in düsteren Farben zu malen, sondern vielmehr darum, vor Gefahren zu warnen, die uns in eine Situation bringen können, wie sie Deutschland in der Weimarer Republik erlebt hat und die dann die betreffende Generation, die im folgenden Nationalsozialismus eine Rettung suchte, den Stempel in die Hand drückte, der ausgedruckt den kurzen Satz „Wir sind Massenmörder!“ sichtbar machte.

Der Neustart im Westen von Deutschland, in der BRD, ist von Beginn an schief gelaufen. Das wurde nur lange verdeckt, weil die Grundsatzentscheidung für die Marktwirtschaft richtig war und die Anfangserfolge alle Kritik verblassen ließ. Die CDU / CSU und die FDP haben aber von Beginn an das Modell der Sozialen Marktwirtschaft sabotiert, sicher nicht aus Bosheit, sondern weil sie sich – bis heute – nicht eine Wirtschaft vorstellen konnten bzw. können, wo nicht die Rendite das Kernanliegen der Ökonomie ist. Und die SPD wollte dieses Modell auch nicht, sie hat es aufgrund ihrer damaligen marxistischen Prägung bekämpft, weil sie es für falsch hielt. Ein Bremsklotz für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft waren sicher auch jene Besitzstandswahrer, die trotz des Krieges überdurchschnittlich viel Vermögen gerettet hatten und die Fähigkeit, daraus eine Rendite zu erzielen, erhalten wollten. (Es ist ein Märchen, dass alle Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bei Null angefangen haben.)

Der Mensch ist nicht nur ein interessengeleitetes Wesen, sondern auch eins, das von seinen Ideen geleitet wird. Man kann ihm daher keinen Strick daraus drehen, wenn er entsprechend

seinen Vorstellungen handelt. Ein Schuldvorwurf ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Behinderung der Wahrheitsfindung entgegen der eigenen Einsicht zur Verteidigung von persönlichen oder Parteiinteressen vorgenommen wird. Und diese Behinderung der Wahrheitsfindung hat in Bezug auf die Freiwirtschaft in der Weimarer Republik wie auch in der BRD stattgefunden. Eine Behinderung der Wahrheitsfindung – egal, ob aufgrund ideologischer oder aus Gründen der Partei-Strategie, macht alle, die sich beteiligen, aber ständig betonen, das Wohl ihrer Klientel, Deutschlands oder Europas im Blickfeld zu haben, zu Lügner.

Ich habe ja zum Ausdruck gebracht, dass die Lage der Politik auf allen Ebenen schwierig und vielfach für alle undurchschaubar ist. Wie wir in die Situation hineingekommen sind, lässt sich noch mit dem Mangel an offenen und chancengleichen Wettbewerb um die Gestaltung unserer Republik und den Verlust der ordnungspolitischen Orientierung erklären. Wie wir da herauskommen, ist schwieriger zu beschreiben. Der Brexit wird ja nicht einmal durch die Fehlkonstruktion und die zentralistische Politik der EU als verursacht gesehen, sondern nur als unangemessene politische Laune der Brieten. Und alles was danach als Reform der EU angedeutet wird, verweist nur auf eine Verschlimmbesserung.

Der 1968 aufgekommene Protest vorwiegend in der Studentenschaft der BRD war berechtigt, weil unsere Gesellschaft schon zu viele Fehlentwicklungen aufzeigte. Falsch war, dass den Rebellierenden nur die marxistische Lehre als Erlösungsreligion angeboten wurde und das freiheitsorientierte Modell von Gesell zur Überwindung der kapitalistischen Verwerfungen in der öffentlichen Wahrnehmung nicht zur Verfügung stand. Für den Terrorismus, der sich damals gebildet hat, trägt auch die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaftspolitik eine Mitverantwortung. Hinzu kommt, dass nichtmilitärische Strategien zur Abwendung tatsächlicher oder auch nur eingebildeter gesellschaftlicher Notstände damals nicht ernst genommen wurden. (Dieser Sachverhalt hat sich bis heute nicht geändert.)

In der neuen Protestwelle am Ende der siebziger Jahre, die sich in Form der grünen Bewegung bemerkbar machte und zur Bildung der Partei DIE GRÜNEN führte, marschierten anfangs Freiwirte an der Spitze. Das freiwirtschaftliche Modell konnte aber nicht als Zielgröße etabliert werden. Die Gründe: **1.** Die Zahl der freiwirtschaftlich motivierten Gründer war viel zu gering. **2.** Der Parteaufbau hatte für uns den Vorrang vor unserem Sonderanliegen. **3.** Wir trafen auf grün bewegte Menschen, denen in der Mehrzahl das ökonomische Denken und da-

mit die Vorkenntnisse zum Verstehen unseres Anliegens fehlten. 4. Für Aufklärungsseminare war so gut wie keine Zeit. Kamen sie doch zustande, waren sie unerfreulich, weil die am Marxismus geschulten Grünen nicht in der Lage waren, sich an der Sache zu orientieren. Sie sahen ihre Aufgabe offensichtlich darin, Andersdenkende nicht zu Wort kommen zu lassen. 5. Weil die werdende Partei vor dem Problem der 5%-Hürde – eine verlogene Verteidigungsmaßnahme zum Schutze der Demokratie – stand, haben wir uns für die Öffnung von Mitgliedern von kommunistischen Gruppen – gegen die große Vorbehalte bestanden – stark gemacht. Als Dank dafür wurden wir dann von deren gut geschulten Bataillone an den Rand gedrängt. Im Nachhinein muss ich sagen, Deutschland wäre es besser bekommen, wenn damals ein grüne und eine neue marxistische Partei entstanden wäre. Dann hätte den grün orientierten Wählern eine Alternative in Form einer liberalen und eine marxistische grüne Partei zur Verfügung gestanden. Denn dass Marxisten das Recht haben, sich auch an der politischen Willensbeteiligung zu beteiligen, war und ist für uns selbstverständlich.

Die nächste Gelegenheit für die Einsetzung des freiwirtschaftlichen Modells – wenigstens für die Klärung der vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten - war nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem Fall der Mauer gegeben. Aber wieder waren die Möglichkeiten, das Modell vorzustellen und zu erläutern, viel zu gering. Zudem kann eine friedliche Transformation von Gesellschaften von einem Zustand in einen anderen nur gelingen, wenn einem großen Teil der Gesellschaft bewusst ist, welche Institutionen, Strukturen und Verfahren bisher vorlagen und wie die neuen aussehen und wirken sollen. Schon um der Demokratie ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten, verbietet es sich, dem Volk einfach etwas überzustülpen. Für das, was da kommen soll, muss eine genügend große Zahl von Menschen vorbereitet sein. Das war auch hier nicht gegeben. Die wenigen freiwirtschaftlichen Akteure, die sich in dieser Zeit abmühten, hatten ja nicht mal das Geld, um eine Zeitungsanzeige aufzugeben. Es hat bis heute für die Freiwirtschaftsschule immer nur gereicht, dafür zu sorgen, dass das Wissen nicht einfach verloren geht. Wenn das doch mal passieren sollte, wird es zu einem späteren Zeitpunkt wieder entdeckt werden, denn Gesell sagt zu recht, dass er nicht etwas erfunden sondern gefunden hätte und das gehöre allen Menschen.

Die Schwierigkeiten, die Deutschland und die Welt heute haben, wurden nach der Auflösung des Eisernen Vorhanges in ihrem Bestand verfestigt und vermehrt. Die Demokratie als Regierungsform wurde im Vereinigungsprozess von DDR und BRD nur formal eingehalten und

in ihrem Wesensgehalt verraten. Nach Russland wurde vom Westen der Kapitalismus exportiert, der uns einen alten Feind zum neuen Feind gemacht und uns den möglichen friedlichen kooperierenden Nachbarn nicht gegönnt hat.

Wir stehen heute wieder an einem Punkt, wie soll es weitergehen, mit Deutschland, mit Europa und der Welt insgesamt. Es braucht wieder nur einen Funken, um das Gasgemisch aus Bedrohungsgefühl und Unsicherheit über einen gangbaren Weg in die Zukunft, zur Explosion, zu einem weiteren Weltenbrand zu bringen.

Die SPD-Mitglieder sagen, sie wollen ihre Partei reformieren; ich schätze, das geht gar nicht, es sei denn, man versteht neue Techniken zur Manipulation der Wähler als eine Erneuerung der Partei. Das Modell der Sozialdemokratie (Ich nenne es das Gutsherrenmodell, bei dem der Gutsherr nicht sichtbar wird, die Partei die Rolle des Verwalters spielt und die Bürger die Mächte und Knechte sind, denen das nötige zugeteilt und abverlangt wird.) mit seinem punktuellen Interventionismus und den Versuchen mit der Fiskalpolitik, den Kapitalismus zu überwinden, hat sich europaweit auf alle Parteien ausgedehnt und kann nach meiner Einsicht nicht zu besseren Ergebnissen kommen, als wir sie in Europa haben. Ich sehe auch keine Partei im Bundestag, der ich eine positive Wende der politischen Landschaft zutraue. Dabei gibt es sicher in allen Lagern Abgeordnete, die sich ehrlich drum bemühen. Ich muss aber gestehen, dass es aber auch mein Eindruck ist, dass unser Selektionssystem für die Mitglieder unserer Parlamente jene Kandidaten begünstigt, die den Willen haben, die Bürger zu ihren Mündeln zu machen und nicht für ihre Freiheit in sozialer Geborgenheit zu kämpfen. Ich denke 95% der Abgeordneten können sich gar nicht vorstellen, was damit gemeint ist. Und die 5 %, die verstehen, was ich damit meine, werden sich hüten, das in der Fraktion oder im Plenum vorzutragen, denn sie wollen bei der nächsten Wahl wieder aufgestellt werden oder in der Partei oder in der Fraktion Karriere machen.

Von unseren Parlamenten und Regierungen und deren Machtinstrumenten, den ministerialen Bürokratien und von den politischen Parteien können wir in nächster Zukunft keine Hilfe erwarten. Sie werden ihren weiteren Aktivitäten neue Namen geben, die Inhalte werden sich nicht groß ändern. Und die freiwirtschaftlichen Gruppen sind politisch und organisatorisch viel zu schwach, um daran etwas ändern zu können. Wer also nicht nur Opfer der „Realpolitik“ werden will, muss sich schon auf sei-

ne eigene Gestaltungskraft verlassen und weil die nicht ausreicht, das Unheil abzuwenden, Verbündete suchen - auch in den Parteien, die dort Wirkende sind keine Schurken, sondern Irrende. TA

10. Ein paar Kontaktadressen.²⁸

Die Überschrift ist fast eine Fehlanzeige, denn ich habe auf meine Anfrage, ob mir einer eine fertige Liste für diesen Zweck zusenden könne, nur eine Antwort von Anselm Rapp erhalten. Er verweist auf seinen Internetauftritt www.nwo.de. Dort findet man eine kleine Auswahl an Kontaktadressen. <http://www.nwo.de/werwirsi.htm> Es empfiehlt sich einfach Personennamen oder Sachbegriffe in eine Suchmaschine einzugeben. Ich verweise hier nur noch auf Karl Walker und Helmut Creutz, mit denen ich viel zusammengearbeitet habe. (https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker) (www.helmut-creutz.de und https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Creutz)

11. Nachträge: Abbau der SM / (k)ein Blick zurück / Die Wunsch-DDR

a) „Sozialabbau-Marktwirtschaft“

Am 7. April 2018 brachte die Post den Rundbrief 18/1 vom März 2018 der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. und der Akademie Solidarische Ökonomie ins Haus. In dem ersten Beitrag von Christoph Körner setzt sich der Autor mit dem Bibelfers Lukas 10,42 (Eins aber ist not. Maria hat das gute Teil erwählt; das soll nicht von ihr genommen werden.) auseinander. Ich bin an dem Wort „Sozialabbau-Marktwirtschaft“ hängen geblieben, weil es einen Irrtum enthält. Der ganze Satz lautet²⁹ :

Aus der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Kriege ist eine „Sozialabbau-Marktwirtschaft“ (Ulrich Duchrow) geworden, die eindeutig auf Kapitalvermehrung und permanentes Wirtschaftswachstum bei sukzessivem Sozialabbau steht.

Die Aussage ist insofern irrig, weil die *Soziale Marktwirtschaft* eine Idee war, die nie ver-

²⁸ Die genannten Organisationen haben mit der Entstehung dieses Textes nichts zu tun.

²⁹ Der ganze Artikel ist wahrscheinlich in Kürze unter www.cgw.de zu lesen. Weitere Themen, die in dieser Ausgabe zu finden sind: >Projektbericht „Grundsteuerreform“ (2017-2) // „Was ist das für eine Wirtschaft?“ von Heinrich Bartels (Grüner) // Buchbesprechung „Fließendes Geld für eine gerechtere Welt“ von Steffen Henke durch Christoph Körner.

wirklicht worden ist. Der Begriff ist über ein halbes Jahrhundert eine Propagandalüge, so wie der Sozialismus in den Ländern, die sich danach benannten, eine Lüge war. Der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* ist auch eine Tautologie (ein weißer Schimmel), weil das Soziale als Bestandteil des Begriffes Marktwirtschaft gedacht wurde. Diese Tautologie zu verwenden war nach dem Zweiten Weltkrieg wohl eine Notwendigkeit, weil damals auch schon die missverständliche und unlogische Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus üblich war. Man darf nicht vergessen, dass im Ahlener Programm der CDU vom 3. Februar 1947 folgendes zu lesen ist:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Im Wikipedia-Eintrag heißt es dazu:

Das Ahlener Programm wurde von seinen Verfechtern als christlicher Sozialismus bezeichnet; im Programm selber taucht der Begriff allerdings nicht auf. (https://de.wikipedia.org/wiki/Ahlener_Programm)

Die SPD, von ihrem Gründungsverständnis und ihrer Tradition her gesehen stark marxistisch geprägt, konnte mit einer Marktwirtschaft, die als Kapitalismus verstanden wurde, gar nichts anfangen und war daher ihr Gegner. Wenn die SPD sich im Laufe der Zeit mit der verfälschten Idee von der *Sozialen Marktwirtschaft* anfreunden konnte, dann – so meine Vermutung – weil sie aufgrund ihren zentralplanerischen Ideen dem neuen Kapitalismus mit einem kollektiven sozialen Sicherungssystem den Stachel ziehen zu können. Sie hatten hier durchaus eine Seelenverwandtschaft mit dem christlichen Sozialismus. Übersehen wurde und wird dabei nur, dass dem Kapitalismus auf diese Weise nicht der Garaus gemacht werden kann. Das ganze kollektivistische Sicherungssystem kann nichts am Kapitaleinkommen ändern und muss aus dem Arbeitseinkommen finanziert werden.

Am 8. April sprach der neue Arbeits- und Sozialminister Hubert Heil in der *Sendung Anne Will* den Gedanken sinngemäß aus, dass das Sozialsystem die Menschen (im vorliegenden

Fall Hartz IV – Empfänger) „zum selbstbestimmten Leben .. führen“ will. Wenn die ökonomischen Blockaden, die einen arbeitsfähigen Menschen daran hindern, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, die ihn entsprechend dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung gut ernähren und ihn statt dessen die Hälfte seines Arbeitsertrages für den Staat und das Sicherungssystem abknöpfen und dann noch das Nettoeinkommen mit 30 bis 40% mit Zins belastet wird, die als Kostenbestandteile in den Preisen kassiert werden, dann bleibt das selbstbestimmte Leben eine Illusion. Bezüglich des bestehenden Sozialsystems wird gerne von Solidarität gesprochen, um den Herrschaftsanspruch, der dahinter steht, zu kaschieren. Eine Solidarität, die – wenn nötig – mit der Zwangsvollstreckung durchgesetzt wird, ist wie die erzwungene Anbetung eines vom Staat installierten Gott. Was taugt eine Nächstenliebe, die erzwungen wird?

Wenn man in den alten Quellen liest, die sich mit der *Sozialen Marktwirtschaft* beschäftigen, dann wird sichtbar, dass auch die Autoren aus dem Umfeld der Ordoliberalen (Neoliberalen erster Prägung) sich die Marktwirtschaft so vorstellten, dass dort das Kapitaleinkommen nur noch eine Restgröße hätte. Aus dem Einkommen sollten sich echte freiwillige Solidargemeinschaften bilden lassen. Aber für dieses Anliegen gab es damals wenig Verständnis, zum einen, weil den Menschen noch die Erfahrungen mit dem Elend in der Weimarer Republik in den Knochen steckte ³⁰ und zum anderen, weil die NS-Zeit und die Kriegserfahrungen ein Vertrauen der Bürger in die Möglichkeit der eigenen Lebensgestaltung sabotiert hatte. Dass diese Ohnmachtsgefühle, die die Vorstellung, ohne einen omnipotenten Staat leben zu müssen, hervorgerufen haben, dann Bestandteil des allgemeinen Lebensgefühls wurden, dafür hat die realpolitische Wirtschafts- und Sozialpolitik gesorgt.

Mit dem Kartellstreben der deutschen Industrie setze ich mich an anderer Stelle dieses Buches besonders auseinander. Daneben sind in gleichem Zusammenhang die verschiedenen Anliegen nach sogenannten Berufsordnungen zu erwähnen, die sich im Gesamtgefüge meiner Wirtschaftspolitik schädlich, wettbewerbshemmend und leistungsmindernd auswirken müssen. Auch die Bestrebungen, bestimmte Berufsbezeichnungen durch besondere Gesetze schützen zu wollen, gehören in diese Reihe, und ein hoher Rang in diesem Sündenregister gebührt auch dem Verlangen, die kollektiven Zwangsversicherungen auszudehnen.

Ludwig Erhard / Wohlstand für alle, 1957, S. 143

Das Zitat von Erhard, das seine Vorbehalte gegenüber den Zwangsversicherungen deutlich macht, zeigt im Zusammenhang mit weiteren Passagen aus seinem Buch auch, dass die Idee

30 Zu ihrer Mitverantwortung hat die SPD sich bis heute noch nicht bekannt.

von der Sozialen Marktwirtschaft 1957 schon lange tot war. Ihr fehlten von Anbeginn die für ihr Überleben wichtigen freiwirtschaftlichen Einsichten für eine kapitalismusfreie Marktwirtschaft und das sind: a) die ökonomische Neutralisierung von ökonomischen Renten, wie die Bodenrente und die Umlaufsicherung des Geldes, gefasst auch unter den Begriffen: Freigeld, Schwundgeld oder Fließendes Geld. Dass mit der Neutralisierung der ökonomischen Renten und dem fließenden Geld sowohl die Probleme der Währungsstabilität, wie die der Einkommensverteilung, der Vollbeschäftigung und obendrein noch solche der Ökologie lösen soll, klingt in den Ohren, der Träger die die Zusammenhänge noch nicht richtig durchdacht haben, nach Glaubenssätzen. Hier stoßen wir auf ein besonderes Problem. Grundsätzlich haben wir in den Wirtschaftswissenschaften die Lehrfreiheit. Aber Professoren sind in der Regel auch Beamte. In NRW lautet z. B. die Eidesformel:

„Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Daraus ergibt sich bei der Bedeutung der zu klärenden Frage, dass die verbeamteten Wirtschaftswissenschaftler bisher ständig ihren Eid gebrochen haben oder dass ihr Wissen und Können nicht ausreicht, die Frage eindeutig zu beantworten.

b) (k)ein Blick zurück

Die HAZ vom 7. April 2018 veröffentlichte unter dem Titel „So kann es nicht weitergehen“ ein Interview von Rasmus Buchsteiner mit der SPD-Fraktionsvorsitzende Andrean Nahles. Dort ist unter anderem zu lesen:

Hat es der SPD in der Vergangenheit nicht auch an einer Kultur des Hinhörens bei Themen gefehlt, die für viele Wählerinnen und Wähler wichtig sind?

Ich habe mir vorgenommen, nicht länger in den Rückspiegel zu schauen. Wir haben in letzter Zeit genug über die Vergangenheit diskutiert. Davon müssen wir uns frei machen. Wenn wir Zuversicht auch nach draußen erzeugen wollen, fängt das bei uns selbst an. Wir brauchen jetzt einen Neustart – und zwar im Vorwärtsgang.

Ich stimme Frau Nahles zu. Wer einen Neuanfang in einer Partei vornimmt, muss den unvermeidbaren Hickhack in der Vergangenheit vergessen. Vergessen aber darf man nicht, die Partei als Instrument zur Durchsetzung von politischen Zielen auf seine Tauglichkeit hin zu analysieren. Ich vermute, dass hier das Ergebnis einer Analyse nicht ermunternd sein wird. Auch

dürfen die großen Fehler der Tafel der Vergangenheit nicht einfach verwischt werden. Die SPD ist von ihrem Gründungsverständnis her gesehen die Partei, die den Kapitalismus überwinden oder wenigstens zähmen will. Durch die Wahl einer Analyse des Kapitalismus, die nur bedingt tauglich ist und sie auf einen zentralistischen Weg geführt hat, war sie in der Weimarer Republik nicht in der Lage, die Bürger vor die entwurzelnden Wirkungen erst der Inflation und dann noch schlimmer vor der Deflation zu schützen. Sie ist dadurch mitverantwortlich, dass das Volk „reif“ gemacht wurde für den Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg sah die SPD sich nur als Opfer, nicht als Mittäter und war immer noch nicht in der Lage zu einer realistischen Kapitalismusanalyse.

Sie bekämpfte aufgrund fehlender neuer Einsichten die Idee der *Sozialen Marktwirtschaft* und formte mit den anderen Parteien ihren Inhalt um in Kapitalismus plus soziales Sicherungsnetz in der Form von Zwangskollektive. Das hat den Kapitalismus gestärkt, weil seine Kritiker mit der Pille Sozialstaat ruhig gestellt wurden.

Mehr Zuversicht wird sicher nicht ausreichen. Wie soll die Erneuerung der SPD konkret aussehen?

Erneuerung bedeutet nicht, dass wir neue Gremien brauchen. Die, die wir haben, müssen überhaupt erst einmal wieder ernst genommen werden. Das ist wichtig. Entscheidend sind aber Inhalte. Die SPD muss wieder die Partei sein, in der die spannenden Zukunftsdebatten geführt werden.

....

Und in der Wirtschaftspolitik? Wie könnte sich die SPD da erneuern?

Wir brauchen inklusives Wachstum. Ökonomische, ökologische und soziale Ziele müssen zusammen gedacht und nicht als Gegensätze betrachtet werden. Wachstum allein ist nicht alles. Wir erleben, dass die Wirtschaft in Deutschland und der Welt nicht nachhaltig wächst und die Ungleichheit zunimmt. Ziel ist, nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg, Flexibilität und Sicherheit zu verbinden.

Hier wird das Matra vom Wirtschaftswachstum mit einer neuen Melodie gesungen. Das bringt aber weder der SPD als Organisation noch den Bürgern einen Zugewinn. In einem Start nach einem Krieg oder einer großen Naturkatastrophe ist es durchaus sinnvoll, die Schäden mit einem raschen Wachstum der Wirtschaft zu beseitigen. Aber grundsätzlich gilt: In einer begrenzten Welt kann es kein unbegrenztes Wachstum geben. Weder der Mensch noch ein Baum kann das Wachstumstempo der ersten Jahre durchhalten. „Kein Baum wächst in den Himmel!“

Das Wachstum in den letzten Jahrzehnten hat in der Hauptsache die Funktion gehabt, die Spannungen, die durch die ungleiche Einkommensverteilung entstehen, abzufedern. Wenn jeder etwas mehr bekommt, wirkt die Verletzung des Gerechtigkeitsgefühls nicht so stark, obwohl objektiv die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnet. Die Marktwirtschaft funktioniert auch bei Vollbeschäftigung bei Nullwachstum im stationären Zustand. Und die ökologischen Anliegen können mehr gefördert werden, wenn der Wachstumsdruck, der vom Zins ausgelöst wird, wegfällt.

oooooooo

Traurige Nachricht

An dieser Stelle erreichte mich die Nachricht, dass Eckhard Behrens am 7. April d. J. gestorben ist. Er war Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung. Das SffO ist eine Organisation, die nach dem Auszug der Freiwirte aus der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet wurde. Eckhard Behrens hat Jura und Volkswirtschaft u. a. bei Prof. Dr. jur. Franz Böhm studiert, einem der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Politisch war er in der FDP engagiert und hat sich hier vergeblich (?) für eine freiheitliche Bildungspolitik eingesetzt. <http://www.ebehrens.de/lebenslauf.html>

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.das-seminar-fuer-freiheitliche-ordnung-eine-schoene-vorstellung-page1.85738917-0e20-4e3a-a8af-4117d2438d06.html>

<http://www.sffo.de/sffo/aufsatz.htm> <https://www.youtube.com/watch?v=fPpeqqy7nVc>

Ich selber habe Ende der 60er Jahre Anfang der 70er Jahre an beeindruckenden Veranstaltungen des SffO in Herrsching am Ammersee teilgenommen. Ich bedauere, Eckhard Behrens die vorliegende Ausarbeitung nicht mehr zum Lesen vorlegen zu können.

oooooooooooo

c) Die Wunsch-DDR

Ich hatte einem neuen Freund, eine Wiederbegegnung aus Kindertagen in den 40er Jahren, zum Thema Bildung und Berufsbildung folgende Links geschickt:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/3.0%20Freie%20Berufsbildungs-Assoziation%203.04.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/84.0%20Bildungssystem%20Titel.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/88.0%20AusleseSchuleMarkt.pdf>

Die Links waren Hinweise in einem Mail, wo es um die Frage ging, ob in einem bestimmten Fall die Erwachsenenbildung und Berufsbildung zusammen bleiben sollten. Leichtsinnigerweise hatte ich das ganze Mail meinem Freund geschickt. Und der verstand das Mail und

nicht die Links als eine an ihn gerichtete Botschaft. Er antwortete dann u.a.:

Lieber Tristan, dass ist natürlich wieder ein Thema für Spezialisten, also für die Unterrichtenden und die, die die Aus- oder Weitergebildeten beschäftigen sollten.

Ich habe daraufhin u.a. geantwortet:

Ich bezweifle, dass die Unterrichtenden Spezialisten für diese Frage sein sollen, da sie mehr oder weniger Vollstreckungsbeamte obrigkeitlicher Anordnungen sind.

Er antwortete:

Wenn ich den Teil Deiner Mail lese und mir vorstelle, ich zeigte ihn meinem Freund ... der ja Gymnasialdirektor war, ... , Ehefrau Lehrerin, so würde er Dich möglicherweise für arrogant halten. Das musst Du erklären.

Meine Antwort vom 19. März:

Lieber M.

man schreibt einen Satz so, weil man ihn als Schreibender versteht, wie er gemeint ist und denkt, der Empfänger müsste ihn doch auch verstehen. Das ist oft nicht der Fall. Wie käme ich dazu, einen ganzen Berufsstand zu diffamieren, nur um einem eigenen Gedanken Geltung zu verschaffen. (Eine solche Einschätzung durch Dich könnte mich kränken.) Ich habe Freunde, Nachbarn und auch Verwandte, die diesen Beruf ausgeübt haben oder noch ausüben. Meine Frau hat das Lehramt studiert und hat beide Examen. Wenn sie heute Projektmanagerin in einem internationalen Konzern ist, liegt das daran, dass Anfang der 80er Jahre die Stellen für Lehrer knapp waren (und vermutlich auch daran, dass sie zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung mit mir verheiratet war. ...)

Am Ende des von Dir zitierten ersten Satzes hätte nach einem Gedankenstrich noch die Frage stehen müssen "- in einem Zwangssystem oder in einem freigewählten." oder so ähnlich. Lehrende sind im Allgemeinen insofern keine Spezialisten für Bildungssysteme, weil sie selber das Zwangssystem der staatlich verordneten Bildung so verinnerlicht haben, dass sie sich trotz vorhandener Qualitäten für andere Aufgaben gar kein freies Bildungssystem vorstellen können. Aber aus diesem Umfeld kommen auch die Rebellen. Mein Mail mit dem Verweis auf die Texte 88.0 und 88.1, wo Teile dieses Aspektes erörtert werden, war nur eine Einladung, Dich auf solche Betrachtungen einzulassen und kein Versuch, mich - in meiner Beschränktheit - über andere Menschen zu erheben.

Ich habe vorhin die Sendung "hart aber fair" mit Frank Plasberg angeschaut. Unter anderen war der neue Bundesgesundheitsminister Spahn Gast der Sendung. Ich erwähne es nur, weil unser soziales Sicherungsnetz neben dem Bildungssystem das zweite gesellschaftliche Teilsystem ist, dass man berechtigt kommunistisch nennen kann. Beide Systeme kann man gutheißen, nur torpedieren sie den oft erwähnten Anspruch der Politik,

das wir in einer freiheitlichen Republik leben. Wenn man die Vermachtung in der sogenannten Wirtschaft und den Verrat des Demokratieprinzips durch unsere politische Klasse hinzuzählt, dann bleibt von der "*freiheitlichen demokratischen Grundordnung*" nicht viel über.

Mein Freund M., den ich politisch als nahe der CDU einschätze, antwortete:

Hallo, lieber Tristan,
spontane Antwort nach überfliegen Deiner Mail. Dem Schluss mit Deinen Überlegungen nach der Plasberg-Sendung (die ich nicht gesehen habe) zum Bildungs- und zum sozialen Sicherungsnetz kann ich voll zustimmen. Die großen Parteien haben mit starker Unterstützung durch die Gewerkschaften, die ihre eigenen Mitglieder offensichtlich nicht für fähig halten, für sich selbst zu sorgen, diese Bereiche ganz in die staatliche Kontrolle überführt. So verwandelt sich Deutschland in diesen Bereichen mehr und mehr in eine Wunsch-DDR unter der Kontrolle von Mutti, Honeckers später Rache, eher aber wohl in Olof Palmes Volksheim.³¹ Demokratieabbau überall. Was wird erst geschehen, wenn islamistisches Denken mehr und mehr in Deutschland stark wird? Vor allem die Frauen und die Juden müssten sich vor diesem Einfluss ängstigen.
Genug für heute.

Nicht genug ist es für heute und morgen, darüber nachzudenken, woher wir kommen, wo wir sind und wo wir hin wollen. In der HAZ vom 7. April auf den Seiten, wo das Zitat „So kann es nicht weitergehen“ als Titel für das Interview mit Andrea Nahles steht, ist auch der Titel „Wohin steuert die Union / Jens Spahn und die Basisgruppe 'Werte-Union' schnitzen am konservativen Profil der Partei.“ Auf der Regionalseite *Wunstorf* der HAZ vom 10. April sind folgende Schlagzeilen zu lesen: „Gysi nimmt die Kirchen in die Pflicht / Linken-Politiker und Jurist eröffnet die Idenser Vortragsreihe 'Die Kirche bleibt im Dorf'“. Im Text ist u. a. zu lesen:

„Wir sind verunsichert und wissen nicht mehr, welcher Weg der richtige ist“, sagt Gysi. Wenn der Gesellschaft aber der moralische Kompass verloren gehe, seien die Kirchen gefordert. „Sie leben hier in den Gemeinden Nächstenliebe und Toleranz. Sie folgen Werten, die verloren zu gehen drohen. Ich habe Angst vor einer Gesellschaft, die an nichts anderes mehr glaubt als an (Staats-)Egoismus und die Macht des Marktes. Der Markt kann keine Moral hervorbringen, das ist wider seine Natur“, sagt Gysi und verlangt von den beiden christlichen Kirchen klare politische Standpunkte. „Jesus hat immer auf der Seite der Schwachen gestanden. Er wäre sicher nicht Mitglied in meiner Partei. Aber er wäre ein Linker“, sagt Gysi. Beifall.

31 Gedenken an Olof Palme / *Vor 20 Jahren wurde Schwedens Ministerpräsident ermordet* / Von Alexander Budde, 28.02.2006 / http://www.deutschlandradio.de/gedenken-an-olof-palme.331.de.html?dram:article_id=199809

„So kann es nicht weitergehen“ (Nahles, SPD: Hier auf die Gesamtgesellschaft gemünzt.) ist eine richtige Aussage. Dass wir in dieser Situation sind, haben wir den politischen Parteien (mit Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung) und den passiven Bürgern, die sich nicht um das Haus Deutschland oder Europa kümmern, zu verdanken. Was ist ein tragendes, konservatives Profil (Spahn), das einen Führungsanspruch der CDU rechtfertigen würde? Ein Jesus heute wäre wohl nur ein Linker, wenn links noch für Aufklärung, Toleranz und Progressivität stünde. Es herrscht aber bei uns in Deutschland und besonders in unseren Parteien (einschließlich der FDP und der GRÜNEN) ein unterschiedlich geprägter Konservatismus, der festhält an falschen Lösungen in der Sozialökonomie und der Demokratiegestaltung. Er ist obendrein blind gegenüber ordnungspolitischen Fragen. Das trage ich nicht mit Hass und Zorn vor, eher mit Traurigkeit.

Gysi wollte den Kirchen wohl schmeicheln, als er sagt: „Wenn der Gesellschaft aber der moralische Kompass verloren gehe, seien die Kirchen gefordert.“ Die Kirchen - als Organisation der hauptamtlichen Christen wie auch der Laien - sind doch ein Teil des Problems unserer Gesellschaft. Sie sind, um ihre Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, doch ebenfalls aufgerufen, sich an dem notwendigen Klärungsprozess zu beteiligen. Jesus hat der Überlieferung nach auf der Seite der Schwachen gestanden. Kann man das auch von den Kirchen behaupten?

Konservativ und progressiv sind keine Werte an sich, sondern Eigenschaften, das Bewahrenswerte zu erhalten und das erforderliche Neue durchzusetzen. Nur wenn beide Eigenschaften in einem gesunden Verhältnis in den Gesellschaften zum Tragen kommen, bleibt das Gemeinwesen auf ihrer Strecke in die Zukunft nicht im Morast des Vergangenen stecken und überschlägt sich nicht auf der Gefällstrecke in die Zukunft. Was wäre ein Auto ohne Bremse und Gashebel?

Ich komme zurück auf das Mail von meinem Freund M. Ich kopiere noch einmal einen Satz aus dem E-Mail:

„So verwandelt sich Deutschland in diesen Bereichen mehr und mehr in eine Wunsch-DDR unter der Kontrolle von Mutti, Honeckers später Rache, eher aber wohl in Olof Palmes Volksheim. Demokratieabbau überall.

Mit *Mutti* ist natürlich unsere Bundeskanzlerin gemeint. Und „Honeckers späte Rache“ halte

ich nicht für die Wirkung eines von irgendjemand ausgeklügelten Planes, sondern für die Wirkungen von individuellen politischen Prägungen. Und Frau Dr. Angela Merkel hat ihre politische Sozialisation eben in der DDR erlebt, von ihrer Selbstwahrnehmung kann oder könnte sie berechtigt sagen, dass sie es doch besser macht, als der verstorbene ehemalige Staatsratsvorsitzende. Frau Merkel – die ich als Mensch sehr schätze, aber auch für eine Verfassungsfeindin halte – ist nicht unser eigentliches Problem, sondern das Problem sind die, die sie in ihr Amt gehievt haben und sie dort halten. Es sind in der Summe die Kräfte, die die alte und neue BRD auf einen verlogenen Weg gebracht und gehalten haben. Auch das will ich nicht als Vorwurf verstanden haben, sondern als eine Folge eines irregeleiteten Denkens und Erlebens. Wie soll ein Volk, dass nur die Narrenfreiheit erlebt hat, die wesentlichere Gestaltungsfreiheit lieben und verteidigen können, wenn es von Kindesbeinen ein Objekt staatlicher Gängelung war?

Auf dem Hintergrund des Oppositionellen in der DDR und als bevorzugter - erst als Gast und dann als Bürger - der BRD hat unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck unser neues Deutschland offensichtlich auch als freies Land wahrgenommen und sah sich bemüht, die Freiheit dieses Landes zu verteidigen. Beim Lesen von zwei seiner Bücher hatte ich den Eindruck, dass er gar kein Verständnis für jene haben kann, die von einem erlebten höheren Freiheitsgrad in der BRD nach mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit strebten. In meinem Text „Verrat und Elend in der Politik und Wissenschaft“ Text 147.0.2 vom April 2017 gehe ich ab Seite 103 auf dies Thema ein. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/147.0.2.Verrat.und.Elend.in.Politik.u.Oekonomie.Quellen.u.Reflexionen.pdf>

Ich hatte die Absicht, auf den weiter oben schon zitierten und hier wiederholten Schlusssatz meines Freudens M. einzugehen. Er lautet:

Was wird erst geschehen, wenn islamistisches Denken mehr und mehr in Deutschland stark wird? Vor allem die Frauen und die Juden müssten sich vor diesem Einfluss ängstigen.

Aber wenn ich es gründlich machen würde, würden davon leicht weitere 5 oder 10 Seiten gefüllt. Mich lockt aber im Moment eine Handwerksarbeit, die erledigt werden will. Deshalb versuche ich, den Absprung mit ein paar Merksätzen zu finden.

Die Menschen im „Land der Dichter und Denker“ müssen selber mehr denken, dann kann ein islamisches Denken eine Bereicherung sein, aber keinen Schaden anrichten. Und vergessen wir nicht, mit welcher Anmaßung der weiße Mensch fast alle farbigen Völker mit seinen Vorstellungen mit Verlockungen, Versprechungen, mit Gewalt und Mord überzogen hat.

Ich denke die Frauen haben sich so weit emanzipiert, dass sie eine einengende Frauenrolle, wie sie offensichtlich der Islam bietet, sich nicht verpassen lassen würden.

Die Juden müssen die Muslime nicht mehr fürchten, wenn sie sich diese zu ihren Freunden machen.

Wir sollten aufhören, die vorhandenen Probleme mit dem politischen Links-rechts-Schema lösen zu wollen. Auch die Begriffe Ausländerfreund und -feind sind nicht sehr hilfreich. Die Neigung der Menschen, unter sich bleiben oder sich mit Menschen anderer Gesellschaften vermischen zu wollen, sind gleichberechtigte Lebensformen. Die Frage ist, unter welchen Umständen die eine und andere Lebensform konfliktarm gelebt werden kann.

Offene Grenzen vertragen sich nicht mit kollektiven sozialen Sicherungssystemen, auf die jeder Mensch einen Anspruch erheben kann, auch die, die da nicht für gearbeitet haben.

Deutschland ist ein reiches Land, so wird im Hinblick auf die Kosten der Immigranten argumentiert. Es wird nur vergessen zu sagen, dass dieser Reichtum – oft unter Verzicht auf Lebensfreude – erarbeitet wurde, ungleich verteilt ist und die Infrastruktur aus Zwangsabgaben der Bürger finanziert wurde.

Nicht arbeiten zu dürfen und dabei auf öffentliche Almosen angewiesen zu sein, ist eine Demontage der Menschenwürde. Geld für das Nichtstun zu erhalten, ist vielfach eine unwiderstehliche Verlockung.

Gäste, die kommen, sind beglückend. Gäste, die nicht gehen wollen (oder können) bedrückend. Menschen, die bei uns nicht bleiben können, sollten nicht mit leeren Händen nach Hause geschickt werden. Die Zeit, die sie bei uns sind, sollten intensiv für die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten eingesetzt werden, die beim Aufbau ihrer Heimatländer oder eine Existenzgründung genutzt werden können.



> Appell für mehr Bildung

Muzoon Almellehan (20), jüngste Botschafterin des UN-Kinderhilfswerks Unicef, hat mit einem flammenden Appell für bessere Schulmöglichkeiten für Flüchtlingskinder geworben. Almellehan war selbst 2013 aus Syrien geflüchtet und lebte mehrere Jahre in Lagern in Jordanien, bevor sie mit ihrer Familie nach Großbritannien ziehen konnte. Bildung sei der Schlüssel, damit die jungen Leute ihre Heimat wieder aufbauen könnten, sagte sie am Dienstag in Genf: „Wir sind nicht nur Flüchtlinge, wir sind auch die Zukunft unserer Länder.“ < HAZ 11. April 2018, S. 5

Jetzt sind Sie, bist Du, seid Ihr dran: Überlegt, wie ihr meine weitergereichte Botschaft von einer freien und sozialen Ökonomie prüfen und fördern könnt, nicht in meinem Interesse, sondern in Eurem eigenen und aus Fürsorge für die Menschen, die ihr lieb habt und für die ihr euch verantwortlich fühlt. Ich gehöre jetzt zu den Alten der Freiwirtschaftsschule, die einem nach den andern, die letzte Reise antreten. Die Jungen können zu wenig Zeit für das große Projekt einsetzen, weil die Arbeit für die Natürlichen Wirtschaftsordnung ihre Familien nicht ernährt. Da wesentliche Ideen dieser Ökonomie-Schule keine Erfindung, sondern eine Fundsache sind, können sie nur verschüttet, aber nicht verloren gehen. Was bedrückend ist, ist der Tatbestand, dass das Lebensglück von unzähligen Menschen beeinträchtigt oder verkürzt wird, weil Politiker und Wissenschaftler sich als Ignoranten erweisen. TA